

ISSN 2191-9240

Nr. 7

NOE

01/2012

Katharsis



Neues Osteuropa

-
Das Onlinejournal des
Kölner Forums für
Geschichte und Kultur Osteuropas

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Kölner Forum für Geschichte und Kultur Osteuropas

Verantwortlich: Christoph Schmidt

ANSCHRIFT

Neues Osteuropa – Kölner Forum für Geschichte und Kultur Osteuropas

c/o

Abteilung für Osteuropäische Geschichte

Universität zu Köln

Kringsweg 6

50931 Köln

www.neues-osteuropa.de

gutefrage@neues-osteuropa.de

REDAKTION

Benjamin Naujoks

Nadja Matusche

Klaus Richter

Jonas Wiedner

NOE

ISSN 2191-9240

Titelbild: Kuttaissi/Georgien © Christoph Schmidt.

Die einzelnen Beiträge geben die Meinung ihrer Autoren wieder.

Alle Rechte an Text und Bild verbleiben bei ihren Urhebern.

I N H A L T 0 1 / 2 0 1 2

E D I T O R I A L

C H R I S T O P H S C H M I D T

*Russen in Paris
oder Mönche und Emigranten gehen immer zu Fuß*.....5

A R T I K E L

O L I V E R L U K S I C , M D B

*Die Erfolgsgeschichte der Erweiterungspolitik
der Europäischen Union weiterführen*.....9

B E N J A M I N N A U J O K S

*Mind the Gap!
Überlegungen zur digitalen Topographie II*.....22

C H R I S T O P H S C H M I D T

Wege zum Ruhm, Wege zur Wissenschaft.....41

J O N A S W I E D N E R

20 Jahre nach der Vertreibung des Paradieses.....53

K R I T I K

Julia Kowalski & Tobias Schneider (Hrsg.):
Der Westliche Balkan 62

Doppelrezension:
Esther Kinsky: Banatsko
Dragan Aleksić: Vorvorgestern 65

Sammelrezension:
Entwürfe von Freiheit 70

B E I L A G E

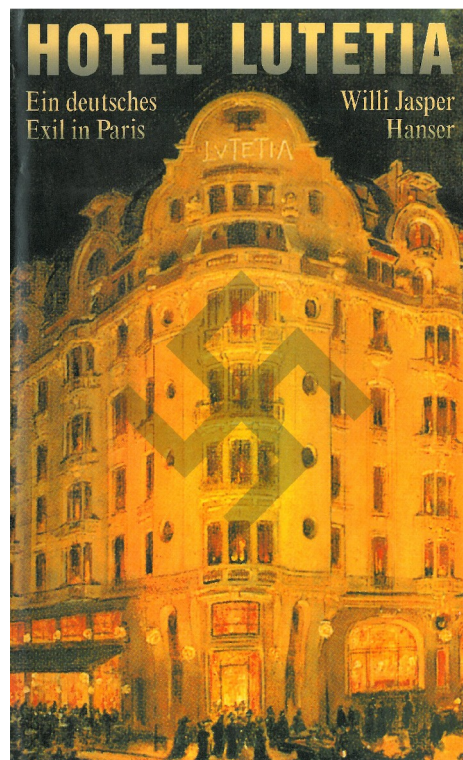
Stefan Kurzmann: Einsichten aus dem Busfenster

Fotoessay: unterwegs zum Kreuzpass

C H R I S T O P H S C H M I D T *

Russen in Paris oder Mönche und Emigranten gehen immer zu Fuß

Armer Eiffelturm: Gleich daneben an der Seine hat Russland ein Grundstück gekauft, um eine orthodoxe Kirche zu bauen. Irgendwie ist das witzig, denn es passt weder zu Paris noch zur Geschichte der russischen Emigration. Wer sich vor 1914 hierher evakuiert hatte, der wollte wie Trockij im Café de Flore einfach nur am Ofen sitzen und auf bessere Zeiten warten. Erstens war er Jude und zweitens Atheist – also bitte keine Kirche! Nach der Revolution fand dann ein jäher Wachwechsel statt: Als erste kamen Maler wie Chagall und Kandinsky, dann die gescheiterten Liberalen (Miljukov, Maklakov) und schließlich die gescheiterten Existenzen. Ihnen hat die aus Petersburg stammende Schriftstellerin Nina Berberova (1901-1993) ein literarisches Denkmal gesetzt: „Astaschew in Paris“. Erschienen 1934, legt sie den Typus des entwurzelten Menschen in diesem Roman erbarmungslos auf die Couch. Astaschew, der auch eine junge Frau sein könnte, wurde irgendwie und irgendwann herausgerissen und fortgespült. Er ist egoman, beziehungsunfähig und sieht sich als Opfer, wird aber Täter, denn Opfern ist alles erlaubt. Die innere und äußere Einsamkeit heizt extreme Ansichten auf: „In jenen Jahren wuchs in ihm ein wilder Hass auf die Macht, auf das Volk, auf das eigene Land.“ (S. 20)



*Die Nazis Rive Gauche:
Vive la Résistance!*

Die große Frage wäre nun die: War (oder ist?) innere Haltlosigkeit Ursache oder Folge der Isolation? Berberova schiebt die Antwort auf, spitzt die Entwicklung ihres Antihelden aber so zu, dass sich dieser auf der Flucht vor Selbstekel und

* Christoph Schmidt ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

Inhaltsleere schließlich den Faschisten um den Hals wirft: „Wahrlich, der perfekte Mechanismus der Männer mit den wunderbaren, harten, glatten Stiefeln versagte nie“ (S. 85). Im Kern geht es also nicht um Emigration, sondern wie sich der Mensch unter widrigen Umständen zu behaupten vermag, sogar gegen Schwermut in Paris. Erst in Berberovas Autobiographie „Ich komme aus St. Petersburg“ findet der Leser manchen Hinweis darauf, dass es die Innenwelt sei, die durch Komplexe die Isolation selbst produziert. Um ihren Trieb zur Destruktion redet sie nicht lange herum: „Ich gehöre zu den Menschen, für die das Haus, in dem sie geboren und herangewachsen sind, kein Symbol für Schutz, Sicherheit und Schönheit des Lebens ist, sondern denen die Zerstörung ihres Elternhauses sogar große Freude bereitet hat“ (S. 93).

Ehrlichkeit lässt sich der Verfasserin daher kaum absprechen, das Wichtigste aber fehlt: „Im russischen Leben gab es immer wenig Humor, aber in den letzten dreißig Jahren überhaupt keinen mehr“ (S. 231). Tausche sieben Puškin gegen einen Gogol? Aber nein, werde Dame, so kann die schönste Emigration nicht gelingen! Neben der Psychologie tritt uns auch das Leben der Emigranten sehr plastisch entgegen. Viele Treffpunkte haben bis heute überlebt, etwa das Hotel Lutetia am Boulevard Raspail, heute etwas heruntergekommen. Hier wurde zum Russischen Neujahr ein Ball gegeben, um bedürftige Schriftsteller zu unterstützen. Die magischen Namen, sie alle kommen bei Berberova zur Sprache, auch das Café Closerie des Lilas, wo Fitzgerald, Hemingway und alle Ehrenmitglieder der „Lost Generation“ das Ausgestossensein produktiv machten. Nicht weit davon (Mora, Rue de Tournon 7) liegt bis heute der beste Füllerladen der Welt – und sind Füller keine gute Grabbeigabe?

V. A. Maklakov, den Botschafter der Provisorischen Regierung, beschreibt Berberova als vollkommen ratlos, von der Revolution überrollt (S. 354-55). Früher war Maklakov ein mutiger Kerl, denn er hatte es gewagt, Mendel Bejlis in Kiev gegen den Vorwurf des Ritualmords zu verteidigen. 1920 fuhr er das letzte Mal auf die Krim, um sich mit den Weißen zu treffen. Noch prekärer wurde die Lage, als die französische Regierung die Seite wechselte und die Bolschewiki im Oktober 1924 anerkannte. Das Botschaftsgebäude der Weißen war sehr bescheiden (Rue de Grenelle 79) und lud nicht dazu ein, große Pläne zu schmieden; heute ist diese Straße

ein Eldorado der Schuhfetischisten. Übrigens - war es nicht Salomon Maimon, ungekrönter König einer früheren Emigration, der den Hinweis auf seine zerlöchernten Stiefel mit dem Argument zu kontern pflegte: „Wenigstens drücken sie nicht!“

Auch der Historiker Marc Raeff (1923-2008), selbst ein Emigrant, ging in seiner kurzen Geschichte der russischen Emigration auf Maklakov als Schlüsselfigur ein (Russia Abroad, S. 35-36). Allerdings missachtet Raeff die hochinteressanten Bezüge zwischen den Emigranten aller Länder, und der mehrfache Szenenwechsel geht ebenfalls an ihm vorbei. Schönstes Beispiel ist auch hier das Lutetia: Wo sich erst die russischen Intellektuellen und dann die deutschen herumdrückten, zog 1940 die Wehrmacht ein. Gleich auf der Rückseite (Rue du Cherche-Midi) füllte sich ein großer Knast. Dort saßen die Spitzen der Résistance, etwa die namhafte Kunsthistorikerin Agnès Humbert, bevor sie nach Sennelager abtransportiert wurde, und dort saß auch V. A. Maklakov. Heute ist in dieser Straße der wohl beste Brotladen von Paris zu besichtigen – und auch dazu hat die Humorgeschichte der Emigration das passende Bonmot geliefert: Nach dem sogenannten Anschluss an Nazi-Deutschland brach die Wiener Bohème in der Überzeugung nach Westen auf: „Schnorrer werden überall gebraucht!“



"Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabei gewesen." © Christoph Schmidt

Auge der Emigration war ohne Zweifel die Buchhandlung. Hier liefen alle Fäden zusammen: Lesen, Schwatzen, Samowar - das Leben geht weiter. Bücher waren schon deshalb so wichtig, weil man sie zum Heizen verwenden konnte. Auch in dieser Hinsicht wurde man in Paris erstklassig bedient: Es war der aus Kiev stammende Boris Kaplan, der in der Rue de L'Eperon 9 nach dem Zweiten Weltkrieg einen erstklassigen Buchladen für russische Geschichte aufmachte; in der Rue de Fleurus 1 lag das Antiquariat Chmeljuk, das recht einkömmlich davon lebte, älteren Herrschaften ihre Gesamtausgaben abzukaufen. Beide Läden haben das Ende der Sowjetunion allerdings nicht überstanden. Umso größer ist daher die Bedeutung der YMCA-Press in der Rue de la Montagne-Sainte Geneviève 11, die heute noch existiert, wenn auch als lebendes Museum. Früher konnte man dort echte Entdeckungen machen, heute lässt sich nur noch eines studieren: Die Demokratisierung von Langeweile. Älteren Zeiten galt sie als Privileg der Aristokraten, dank Bildung und Fortschritt kommen heute aber auch niedere Stände in ihren Genuss.

So muffig die YMCA-Bude heute auch wirkt: Von ihr ging ein Paukenschlag aus, der die Sowjets ins Mark erschütterte. Hier erschien 1973 der Archipel Gulag. Nach Zamjatin, Bulgakov und Pasternak war dies der vierte absolute Knaller aus dem Exil. Anders als seine drei Vorgänger tischte Solženicyn aber nicht Fiction auf, sondern Fakten! Umso größer die Wirkung, schade nur, den Nobelpreis hatte er schon. Wenigstens wurde Solženicyn mit sofortiger Ausbürgerung belohnt. Die politische Wirkung des Archipel Gulag lässt sich deshalb recht klar ermessen, weil sein Erscheinen einen wesentlichen Beitrag lieferte für die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte zum Schutz der Menschenrechte 1975. Von hier führt die Linie weiter zum polnischen Sommer von 1980 ... und das Ende kennen wir. Es ist daher keine Übertreibung zu behaupten, jedwede Emigration, ob groß oder klein, ob nach innen oder nach außen, hinterlässt Folgen, die unabsehbar sind.

OLIVER LUKSIC, MdB *

*Die Erfolgsgeschichte der Erweiterungspolitik
der Europäischen Union weiterführen*

Einführung

„Erweiterungsmüdigkeit“ ist das Schlagwort seit den letzten beiden Erweiterungsrounds der Europäischen Union 2004 und 2007. Kritische Stimmen haben vor allem die mangelnde Beitrittsreife Bulgariens und Rumäniens für die immer noch in diesen Ländern bestehenden Probleme verantwortlich gemacht. Offensichtlich verfügt die EU nach einem Beitritt nicht über die Mittel zur nachhaltigen Festigung der Transformationsprozesse – oder setzt diese nicht wirksam ein. Im Zuge der europäischen Schuldenkrise nimmt zudem in vielen Ländern die Skepsis gegenüber der EU zu. Doch gerade jetzt kommt es darauf an, die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik nicht aufs Spiel zu setzen.

Die EU steht in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft einer Region gegenüber, die historisch und kulturell zu Europa gehört und die Integration in europäische Strukturen anstrebt. Die erfreuliche Entwicklung des Westbalkans trägt Früchte: Der Beitrittsvertrag mit Kroatien wurde im Dezember 2011 unterzeichnet, 2013 wird Kroatien das 28. Mitgliedsland der EU. Auf diesem Erfolg können sich aber weder die EU noch der restliche Westbalkan und auch Kroatien selbst, nicht ausruhen. In der Region existieren immer noch große strukturelle und politische Herausforderungen auf dem Weg in die EU.

Die FDP hält weiter an der EU-Perspektive des Westbalkans fest. Die Erweiterungspolitik wird oft als das effektivste außenpolitische Instrument der EU bezeichnet. Eine sorgfältig und glaubwürdig geführte Integration in europäische

* Oliver Luskic ist Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion für die EU-Erweiterung im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Strukturen wird zur weiteren Stabilisierung der Region beitragen und grundlegende und langfristige Reformen innerhalb der einzelnen Staaten vorantreiben.

Die Region und ihre Beziehungen zur Europäischen Union

Der Begriff *Westbalkan*, mit dem man alle ex-jugoslawischen Republiken (mit Ausnahme Sloweniens, das bereits 2004 der EU beigetreten ist) und Albanien einschließt, ermöglicht eine neutrale Bezeichnung der Nicht-EU-Mitgliedstaaten im Südosten Europas: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Obwohl die Region kaum stabile Zeiten erlebt hat, waren die letzten beiden Jahrzehnte mit dem Zerfall Jugoslawiens und der anschließenden Transformation ein Einschnitt, dessen Auswirkungen heute noch allgegenwärtig sind. Nationalismus, Krieg und das Entstehen neuer Staaten haben ihre Spuren hinterlassen, die die Region bis heute prägen.

Der Westbalkan gehört sowohl geographisch als auch historisch und kulturell zu Europa; es bestehen intensive Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und der EU zu allen Staaten der Region. Alle Staaten des westlichen Balkans haben den Wunsch nach EU-Integration bekundet. Im Jahr 2003 wurde die europäische Perspektive der gesamten Region auf der Tagung des Europäischen Rates in Thessaloniki bestätigt und 2006 und 2010 von den europäischen Regierungschefs wiederholt bekräftigt.

Nichtsdestotrotz können nur ein striktes Einhalten der Kopenhagener Kriterien, die im Vertrag von Lissabon kodifiziert wurden, und ein Verzicht auf politische Rabatte die Erweiterungspolitik der EU glaubwürdig und für die Bevölkerung der Beitrittskandidaten wie auch der „alten“ EU-Staaten, nachvollziehbar machen. Jeder europäische Staat, der die Werte der EU achtet und die Beitrittskriterien erfüllt, kann beantragen, Mitglied der EU zu werden. Die Kopenhagener Kriterien unterteilen sich in politische Kriterien (demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte, Achtung und Schutz von Minderheiten) und wirtschaftliche Kriterien (funktionierende Marktwirtschaft, Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten) sowie die Fähigkeit, den gemeinschaftlichen Besitzstand, den *acquis*

communautaire, in seiner Gesamtheit zu übernehmen.

Der Reformfortschritt wird von der EU überwacht und in jährlichen Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission bewertet. Schließlich ist aber auch die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, von Bedeutung.

Zur finanziellen Unterstützung des Erweiterungsprozesses stehen im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) für den Zeitraum 2007-2013 Mittel in Höhe von 11,6 Mrd. Euro zur Verfügung. Für den kommenden Finanzrahmen 2014-2020 sieht die Kommission eine Erhöhung auf 14,1 Mrd. Euro vor. Jeder Staat wird unter Berücksichtigung seines besonderen Bedarfs und Fortschritts unterstützt, indem auf der Basis von Mehrjahres- und Jahresprogrammen der Einsatz von IPA-Mitteln für jedes Land und jede Komponente entsprechend bestimmt wird. Etwa 10% der IPA-Mittel sind zusätzlich für mehrstaatliche Projekte im westlichen Balkan und der Türkei vorgesehen.

Die Staaten im Einzelnen¹

Von „dem“ Westbalkan zu sprechen ist eigentlich schon irreführend. Die starke Heterogenität der Region macht es kaum möglich, für alle Staaten gültige Aussagen bezüglich des EU-Integrationsprozesses zu treffen. So stellte sich z. B. die Akzeptanz eines Beitritts Kroatiens relativ unproblematisch dar, während die Entscheidung zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro zumindest in den EU-Mitgliedstaaten umstrittener war.

Tabelle 1: Stand des EU-Integrationsprozesses

	HR	ME	MK	RS	AL	BA	Kosovo
Unabhängigkeit	1991	2006*	1991	2006*	1992	1992	2008
Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen	In Kraft seit 2005	In Kraft seit 2010	In Kraft seit 2004	Ratifizierung läuft	In Kraft seit 2009	Ratifizierung beendet, Inkrafttreten in Kürze erwartet	-
Beitrittsantrag	2003	2008	2004	2009	2009	-	-
Kandidatenstatus	2004	2010	2005	Evtl. 2012	-		
Verhandlungsbeginn und -ende	2005 2011	Vorauss. 2012	Blockiert durch Namensstreit mit GR (ZYP)				
Beitritt	Vorauss. 2013						
Visa-Liberalisierung		2009	2009	2009	2010	2010	-

**nach einem Referendum tritt Montenegro aus der Föderation mit Serbien aus, Serbien wird Rechtsnachfolger*

Kroatien: Beobachterstatus nach Unterzeichnung des Beitrittsvertrags

Im Dezember 2011 wurde der Beitrittsvertrag mit Kroatien unterzeichnet. Das nötige Referendum in Kroatien findet bereits Ende Januar 2012 statt. Die neue Regierung von Premierminister Milanovic ist sicher, dass eine deutliche Mehrheit für den Beitritt erreicht wird. Dieser wird aller Voraussicht nach 2013 erfolgen. Bis dahin nimmt Kroatien bereits als Beobachter an den Sitzungen des Europäischen Rats, des Rats und seiner Vorbereitungsgruppen teil; zwölf kroatische Abgeordnete haben Beobachterstatus im Europäischen Parlament.

Die Signalwirkung, die dieser Erfolg Kroatiens für die Region hat, ist nicht zu unterschätzen. Auch bilaterale Spannungen mit Serbien scheinen lösbar, so haben die Präsidenten und Außenminister beider Staaten bereits einen Rückzug der gegenseitigen Genozidklagen vor dem Internationalen Gerichtshof in Erwägung gezogen. Dass der EU-Beitritt nun in greifbare Nähe gerückt ist, bedeutet jedoch nicht, dass die Reformanstrengungen jetzt nachlassen können. Gerade die Umsetzung und Verfestigung formal beschlossener Reformen ist entscheidend für einen erfolgreichen Transformationsprozess.

Mit Sorge mussten im letzten Jahr die Ausschreitungen nach Demonstrationen beobachtet werden, bei denen gegen die Verfolgung kroatischer Veteranen, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, und die Verurteilung Ante Gotovinas vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), protestiert wurde. Kurzzeitig war danach in Umfragen ein Rückgang der EU-Befürworter zu beobachten. Diese Entwicklung wurde durch den positiven Verhandlungsabschluss jedoch wieder umgekehrt. Auch die Übergriffe auf Teilnehmer des Christopher-Street-Days in Split im letzten Sommer sind strengstens zu verurteilen. Die Wahrung von Menschen- und Minderheitenrechten ist eine bedeutende Säule europäischer Werte.

Die Kommission wird die weiteren Vorbereitungen zum EU-Beitritt überwachen. Dabei stehen die Justiz, die Korruptionsbekämpfung und die Wahrung der Grundrechte im besonderen Fokus. Nach Feststellung von Mängeln ergehen ein Warnschreiben an die kroatische Regierung und ein Vorschlag an den Europäischen Rat, angemessene Maßnahmen zu ergreifen.

In Anbetracht der Erkenntnisse, die aus dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens gewonnen wurden, ist dieser neue Ansatz der Überwachung der weiteren Entwicklung auch nach Unterzeichnung des Beitrittsvertrags zu begrüßen. Das Hauptziel ist, wie auch bei den Fortschrittsberichten, nicht, einem Land seine Defizite aufzuzeigen, die es von einem EU-Beitritt trennen. Es handelt sich vielmehr um eine weitere Unterstützung durch die EU, den Transformationsprozess fortzuführen und zu verfestigen.

Beitrittskandidaten

Während mit Kroatien die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen werden konnten, stehen sie mit Montenegro noch am Anfang. Das Land, das erst 2006 seine staatliche Souveränität zurückerlangte, stellte schon 2008 den Beitrittsgesuch an die EU. Im Dezember 2011 entschied der Europäische Rat, im Juni 2012 die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, wenn die Umsetzung von Reformen in den kritischen Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte erfolgreich ist. Dazu wird

die Europäische Kommission im Frühjahr 2012 einen Bericht vorlegen.

Nachdem die Kommission im Oktober 2011 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfohlen hatte, hat der Bundestag in einer von mir erarbeiteten Stellungnahme gemäß des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der EU (EUZBBG) im Dezember 2011 die Zustimmung der Bundesregierung zur Verhandlungseröffnung befürwortet und damit erst ermöglicht.² Allerdings hält der Bundestag den Fortschrittsbericht der Kommission in weiten Teilen für zu optimistisch. Im Hinblick auf die politischen Kriterien kann Montenegro laut aktuellem Fortschrittsbericht der Kommission gute Fortschritte und zufriedenstellende Ergebnisse vorzeigen. Die Wahrung von Menschenrechten und Minderheitenschutz werden weitgehend gewährleistet. Die Defizite müssen aber auch klar benannt werden: Sie betreffen vor allem die Funktionsfähigkeit des Parlaments, die dringend verbessert werden muss, damit es seiner Kontrollfunktion nachgehen kann. Von besonderer Bedeutung werden zudem Maßnahmen gegen Korruption und organisierte Kriminalität sein. Wiederholte Übergriffe auf Journalisten müssen vollständig aufgeklärt und die Rechte von Minderheiten weiter gestärkt werden. Die ungenügende Kapazität der Administration und Verwaltung verhindert bisher eine effektive Reformumsetzung.

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Kriterien hat Montenegro Fortschritte in Richtung einer funktionierenden Marktwirtschaft gemacht, sodass es mittelfristig in der Lage sein dürfte, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten. Nachdem Montenegro bereits 2002 den Euro ohne Abstimmung mit der EU als offizielle Währung eingeführt hatte, setzt sich die Regierung unter Igor Lukšić für 2012 das Ziel, die Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht einzuhalten. Die enge Zusammenarbeit mit der Weltbank zeigt, dass Lehren aus der europäischen Schuldenkrise gezogen werden und nachhaltige Staatsfinanzen für Montenegro eine hohe Priorität haben.

Ab Verhandlungsbeginn soll mit Montenegro ein neuer Ansatz umgesetzt werden, indem die Kapitel 23 (Judikative und Grundrechte) und Kapitel 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) bereits zu Beginn eröffnet werden. Die Erfahrungen der

letzten Erweiterungsrunden haben den EU-Akteuren die Wichtigkeit dieser zentralen Kapitel für alle anderen Bereiche deutlich vor Augen geführt. Die FDP begrüßt diese Modifizierung der Beitrittsverhandlungen ausdrücklich. In den letzten Erweiterungsrunden gestalteten sich die Beitrittsverhandlungen gegen Ende in den Kapitel 23 und 24 wegen der hohen Komplexität und gleichzeitig immenser Bedeutung sehr zäh und langwierig. Der Bevölkerung erschien diese Entwicklung häufig unverständlich, so dass sie die EU-Euphorie in den jeweiligen Ländern deutlich minderte. Die EU hat hier gezeigt, dass sie ihre Verfahren und Instrumente flexibel an individuelle Umstände anpasst, um die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik nicht zu gefährden.

Obwohl Mazedonien schon 2005 den Status eines Beitrittslandes erhielt, konnten die Beitrittsverhandlungen aufgrund des Namensstreites mit Griechenland bisher nicht eröffnet werden. Wenige Tage nach dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs im Dezember 2011, dass Griechenland zu Unrecht den Beitritt Mazedoniens zur NATO verhinderte, blockierte Griechenland erneut die Verhandlungseröffnung im Rat.

Der letzte Fortschrittsbericht der Kommission bestätigt die ausreichende Erfüllung politischer Kriterien, bei der Umsetzung wirtschaftlicher Kriterien wurden Verbesserungen beobachtet. Die Privatisierung ist weitgehend abgeschlossen. Der Pro-Kopf-Wert des Bruttoinlandsproduktes weist mit 35% des Vergleichswertes zur EU-27 eine relative Stabilität auf. Begrüßenswert sind ebenfalls Fortschritte im Bereich der Anti-Korruptionspolitik und der Förderung und Durchsetzung von Menschenrechten. Mit Besorgnis muss allerdings die Entwicklung der Medienlandschaft gesehen werden, deren Diversität stetig abgenommen hat.

Mit dem Rahmenabkommen von Ohrid, das die Beziehungen zwischen slawischer und albanischer Bevölkerungsgruppe seit 2001 regelt, erzielte man einen Abbau zwischenethnischer Spannungen. Wie die Zusammenstöße Anfang 2011 in Skopje um das Bauvorhaben eines Museums in Kirchenform innerhalb der Kale-Festung jedoch zeigen, bestehen weiterhin Dispute zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Trotz Forderung nach weiteren Reformen in den Bereichen Justiz, Verwaltung, Grundrechtsschutz und wirtschaftlichem Umfeld, wiederholt die Kommission ihre Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aus dem Jahr 2009. Auch wenn die Lösung des griechisch-mazedonischen Namensstreits eine bilaterale Frage und keine formale Bedingung für die Verhandlungseröffnung ist, ist sie doch zur faktischen Bedingung geworden. Griechenland muss daher stärker daran erinnert werden, dass kein Mitglied dauerhaft Prozesse blockieren darf. Allerdings kann vor dem Hintergrund der aktuellen Schuldenkrise des Landes kaum mit außenpolitischen Zugeständnissen der griechischen Seite gerechnet werden.

Potentielle Kandidatenländer

Im Oktober 2011 nahm die Kommission Stellung zum Beitrittsantrag Serbiens. Seit den demokratischen Veränderungen im Jahr 2000 haben sich die Beziehungen der EU zunächst zur Bundesrepublik Jugoslawien, dann zur Föderation Serbien und Montenegro und schließlich zur Republik Serbien stetig intensiviert. Zwischen 2001 und 2011 erhielt das Land fast 8 Mrd. Euro (5,8 Mrd. Euro als Darlehen und 2 Mrd. als Zuschuss) von der EU.

Serbien ist eine parlamentarische Demokratie, deren Strukturen weitgehend mit europäischen Grundsätzen und Standards im Einklang stehen. Ein stetiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 5% pro Jahr hat zu einem Rückgang der Inflation und zu einer Verbesserung des Lebensstandards geführt. Die größten Herausforderungen stellen sich noch immer im Gerichtswesen sowie im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität. Nach dem vergleichsweise positiven Fortschrittsbericht der Kommission wuchsen in letzter Zeit jedoch Zweifel an der Funktionsweise der serbischen Justiz. Medienberichten zufolge stellten Rechtsexperten der Kommission fest, dass bei Berufungsverfahren ehemaliger Richter und Staatsanwälte, die nach dem Austausch des gesamten Personals der serbischen Justiz 2009 nicht wieder eingestellt wurden, rechtsstaatliche Standards zum Teil massiv verletzt worden sind.³ Die Widersprüche zum Fortschrittsbericht der Kommission müssen dringend aufgeklärt werden, um die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik nicht zu gefährden.

Die nachbarschaftlichen Beziehungen zu Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro wie auch den benachbarten EU-Mitgliedsstaaten sind gut. Das Haupthindernis für die Verleihung des Kandidatenstatus an Serbien liegt im Verhältnis zum Kosovo. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo wird von Serbien, das sich auf die UN-Resolution 1244 bezieht, nicht anerkannt. Ein Dialog zwischen Belgrad und Priština hat dennoch zu Vereinbarungen im Bereich des freien Waren- und Personenverkehrs sowie Personenstands- und Katasterwesens geführt. Zudem konnte ein Kompromiss um Zollstempel des Kosovo erzielt werden. Gleichzeitig sind die Ausschreitungen an der Grenze zwischen Nordkosovo und Serbien Ende letzten Jahres jedoch strengstens zu verurteilen und die Barrikaden zu beseitigen. Sobald es gemäß den Bedingungen des Stabilisierungsprozesses zu einer Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo und einer aktiven Zusammenarbeit mit der EULEX-Mission gekommen ist, können laut Kommission die Verhandlungen aufgenommen werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel machte dies auch während ihres Staatsbesuches in Serbien im Sommer 2011 klar.

Albanien hat seinen Antrag für eine EU-Mitgliedschaft im April 2009 gestellt. Auch 2011 hat die Kommission die Verleihung des Kandidatenstatus abgelehnt. Albanien hat noch große interne Reformanstrengungen zu unternehmen, bevor eine andere Entscheidung getroffen werden kann. Innenpolitische Unruhen und langanhaltende Blockaden des Parlaments sowie enorme Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Wahlergebnissen verdeutlichen einen besorgniserregenden Trend. Die Bereiche Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung sind besonders kritisch. Allerdings sind auch Fortschritte zu beobachten, die ebenso von der EU gewürdigt werden. Der Beschluss zur Aufhebung der Visapflicht ist der verdiente Erfolg der erfüllten Kriterien für eine Visaliberalisierung. Albanien konnte hiermit einen weiteren Schritt auf Europa zugehen. Die EU hat durch ihre Entscheidung ein konkretes Signal für ihre Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit gesetzt. Ebenso wird sie im Rahmen des Beitrittsprozesses glaubwürdig bleiben, wenn Albanien in der Zukunft die in diesem Rahmen erforderlichen Kriterien erfüllt.

Bosnien-Herzegowina hat bislang keinen Beitrittsantrag gestellt. Grund hierfür ist im Wesentlichen die problematische innenpolitische Situation, die insbesondere von einer ethnischen Blockadepolitik geprägt ist. Zudem hat der Rat betont, dass er einen Beitrittsantrag von Bosnien-Herzegowina nicht prüfen kann, solange keine Entscheidung über einen Übergang vom Büro des Hohen Repräsentanten zu einer verstärkten EU-Präsenz getroffen ist. Ein internationales Exekutivmandat ist weiterhin gültig, da die Voraussetzungen zur Schließung des Büros des Hohen Beauftragten noch immer nicht erfüllt sind.⁴

Mit der Einrichtung eines personell verstärkten und alleinigen Vertreters der EU in Bosnien und Herzegowina, der bei der Unterstützung des Landes auf dem Weg zum EU-Beitritt eine Führungsrolle übernehmen soll, ist hier ein erster Schritt gemacht. Im November 2011 trat Peter Sørensen sein Amt als Leiter der EU-Delegation an. Jetzt müssen sich die politischen Kräfte in Bosnien-Herzegowina führungsstark zeigen und endlich eine Verfassungsreform unternehmen. Diese muss nicht nur die Handlungsfähigkeit des Gesamtstaates sicherstellen und zu einer dringend notwendigen Effizienzsteigerung bei den politischen Strukturen der bosniakisch-kroatischen Föderation beitragen, sondern nicht zuletzt eine grundlegende innenpolitische Klärung bezüglich des Status der serbischen Teilrepublik Srpska mit sich bringen. Desweiteren müssen Fortschritte beim Justiz- und Verwaltungsaufbau und der Umsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention erkennbar werden. Von den ruhigen und im Wesentlichen ordentlichen Parlamentswahlen im Herbst 2010 hatte sich die internationale Gemeinschaft eine neue Dynamik erhofft. Doch erst fünfzehn Monate später und angesichts des drohenden Staatsbankrotts wurde im Januar 2012 eine neue Regierung gebildet.

Die EU wird Bosnien-Herzegowina unterstützend zur Seite stehen. Allerdings muss weiterhin das klare Signal gegeben werden, dass nur ein Gesamtstaat Bosnien-Herzegowina über eine europäische Perspektive verfügt. Diese Anforderungen sind hoch, aber nicht unerreichbar. Dass auch ein Land mit enormen Verfassungsproblemen wie Bosnien-Herzegowina wesentliche Fortschritte erreichen kann, wenn es klare Bedingungen und Anreize gibt, hat der Prozess der

Visaliberalisierung gezeigt. Hier hat die EU Wort gehalten und im Herbst 2010 einer Visa-Befreiung als verdiente Folge der Erfüllung der Kriterien zugestimmt.

Kosovo, das sich 2008 einseitig für unabhängig erklärte, wird von Serbien noch immer als abtrünnige Provinz unter UN-Verwaltung betrachtet. Mit den Ausschreitungen 2011 rückte die Problematik zwischenethnischer Beziehungen des Landes erneut in den Fokus der Öffentlichkeit. Während bei der Integration von Serben, die südlich des Flusses Ibar leben, Erfolge erzielt werden konnten, existieren im Norden des Kosovo weiterhin serbische Parallelstrukturen.

Insbesondere im Bereich Rechtsstaatlichkeit gibt es Anlass zur Sorge. Der Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption muss verstärkt ausfallen und Reformen zur Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Verwaltungskapazität sowie Minderheitenschutz voranschreiten. Begrenzte Fortschritte konnten in Bezug auf die Achtung freier Meinungsäußerung beobachtet werden. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Kriterien fällt die Bewertung negativ aus: keinerlei Fortschritt. Dennoch hält die EU an der europäischen Perspektive für das Land fest. In naher Zukunft soll dazu eine Visaliberalisierung für Kosovaren erfolgen. Mittlerweile wurde das Land von einer Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten anerkannt. Solange Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern bei ihrer Haltung bleiben, wäre ein EU-Beitritt unmöglich. Obwohl einige dieser Staaten durchaus Gesprächsbereitschaft signalisieren, erscheint die Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Staaten zumindest mittelfristig unwahrscheinlich.

Fazit

Die baldige Aufnahme Kroatiens illustriert die Transformationskraft der EU, Frieden, Stabilität und Demokratie umzusetzen. Zum einen bedeutet die europäische Perspektive Motivation zu weiteren, einschneidenden Reformen, zum anderen unterstützt die EU die Staaten durch ihre Institutionen und Berichte bei der Umsetzung. Sollten Serbien und Montenegro die Bedingungen für die Verleihung des Kandidatenstatus, bzw. für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen erfüllen, ginge davon auch ein deutliches Signal an die Nachbarstaaten Bosnien-Herzegowina,

Kosovo und Albanien aus. Man kann hoffen, dass auch unter den Westbalkanstaaten *peer pressure* entsteht, wenn die Bürgerinnen und Bürger von ihren Regierungen einfordern, nicht hinter den Nachbarländern zurück zu bleiben.

Die Beitrittsperspektive ist unentbehrlich für dauerhaften Frieden im Westbalkan. Aufgenommene Staaten der Region dürfen ihre Mitgliedschaft allerdings nach dem Beitritt nicht als Hebel benutzen, um ihre nationalen Interessen durchzusetzen. Durch den Beitritt einzelner Länder darf es in der Folge nicht dazu kommen, Instabilität in die EU hinein zu importieren. Die von EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle erstmalig an Kroatien gestellte Forderung zur Abgabe einer entsprechenden einseitigen Erklärung zum Verzicht auf die Instrumentalisierung des Beitrittsprozesses gegenüber Kandidaten ist daher ausdrücklich zu begrüßen.

Die strikte Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bleibt Voraussetzung für den Beitritt. Einen Automatismus, beispielsweise mit vorzeitiger Nennung des Beitrittsdatums, wird es nicht geben. Beitrittsverhandlungen sind keine Einbahnstraße, die unvermeidlich mit einem Beitritt endet. Das Regatta-Prinzip, nach dem eine EU-Integration nach individueller Entwicklung erfolgt, hat sich bewährt. Wer die nötigen Reformen umsetzt und die Beitrittsbedingungen, die für alle Beitrittskandidaten gleich sind, erfüllt, wird aufgenommen, ungeachtet des Fortschritts anderer Beitrittskandidaten.

Gerade erleben wir im Hinblick auf Ungarns umstrittene Verfassungsänderungen, dass es nach einem erfolgten Beitritt ungleich schwieriger ist, auf die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten Einfluss zu nehmen. Die rechtlichen Möglichkeiten sind durch Art. 258 EUV durchaus vorhanden, bisher wurden sie jedoch kaum genutzt. Erstmals hat die Kommission nun angedroht, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, sollte Ungarn seine Verfassung nicht wie gefordert an geltendes Europäisches Recht anpassen.

Hier zeigt sich, dass neben den verschärften Vorschriften der Wirtschafts- und Haushaltspolitik u. a. im Stabilitäts- und Wachstumspakt die europäischen Akteure auch im Bereich der Rechtsstaatlichkeit die Einhaltung der Verträge schärfer einfordern. Das ist eine sehr begrüßenswerte Entwicklung, auch im Hinblick auf die Erweiterungspolitik. Nur wenn sich die EU und damit ihre Mitgliedstaaten an die selbst auferlegten Regeln halten, wird man auch in den Beitrittskandidaten zu nachhaltigen Reformen kommen. So muss auch nach dem Beitritt eines Landes das Monitoring über die weitere Entwicklung fortgeführt werden.

Die Geschichte der Erweiterung der EU ist trotz aller Kritik im Einzelfall eine Erfolgsgeschichte der europäischen Integration. Sie hat nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand, politische Werte und persönliche Freiheiten im ehemals geteilten Europa verbreitet, sondern auch kulturelle Begegnungen möglich gemacht und somit den Eisernen Vorhang endgültig beiseite geschoben. Die Erweiterung der EU kann unter Beibehaltung ihrer Prinzipien und Grundsätze als Erfolgsgeschichte weitergeschrieben werden. Sie ist nicht nur Selbstzweck, sondern muss den Beitrittskandidaten eine realistische Perspektive bieten, ohne gleichzeitig einen Automatismus in Gang zu setzen, der die EU am Ende durch eine übereilte Aufnahme von neuen Mitgliedern überfordert. Um glaubwürdig zu bleiben, muss die EU-Erweiterungspolitik daher unbeeinflusst vom tagespolitischen Geschehen das Ergebnis einer langfristig angelegten Politik mit Augenmaß sein.

-
- 1 Die Informationen aus den jeweiligen Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission sind nachlesbar in den Länderberichten unter http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/reports_oct_2011_de.htm
 - 2 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/077/1707768.pdf>
 - 3 <http://www.sueddeutsche.de/politik/vertraulicher-bericht-ruegt-serbien-eu-ignoriert-schwere-maengel-in-serbiens-justiz-1.1245004>
 - 4 Diese sind: Regelung des bosnischen Staatsvermögens und das Vermögen der Streitkräfte, Umsetzung des Brčko-Schiedsspruchs und einer fiskalpolitischer Nachhaltigkeit, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit wie auch die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit der EU und einer positiven Einschätzung des Lenkungsausschusses des Friedensimplementierungsrates.

BENJAMIN NAUJOKS*

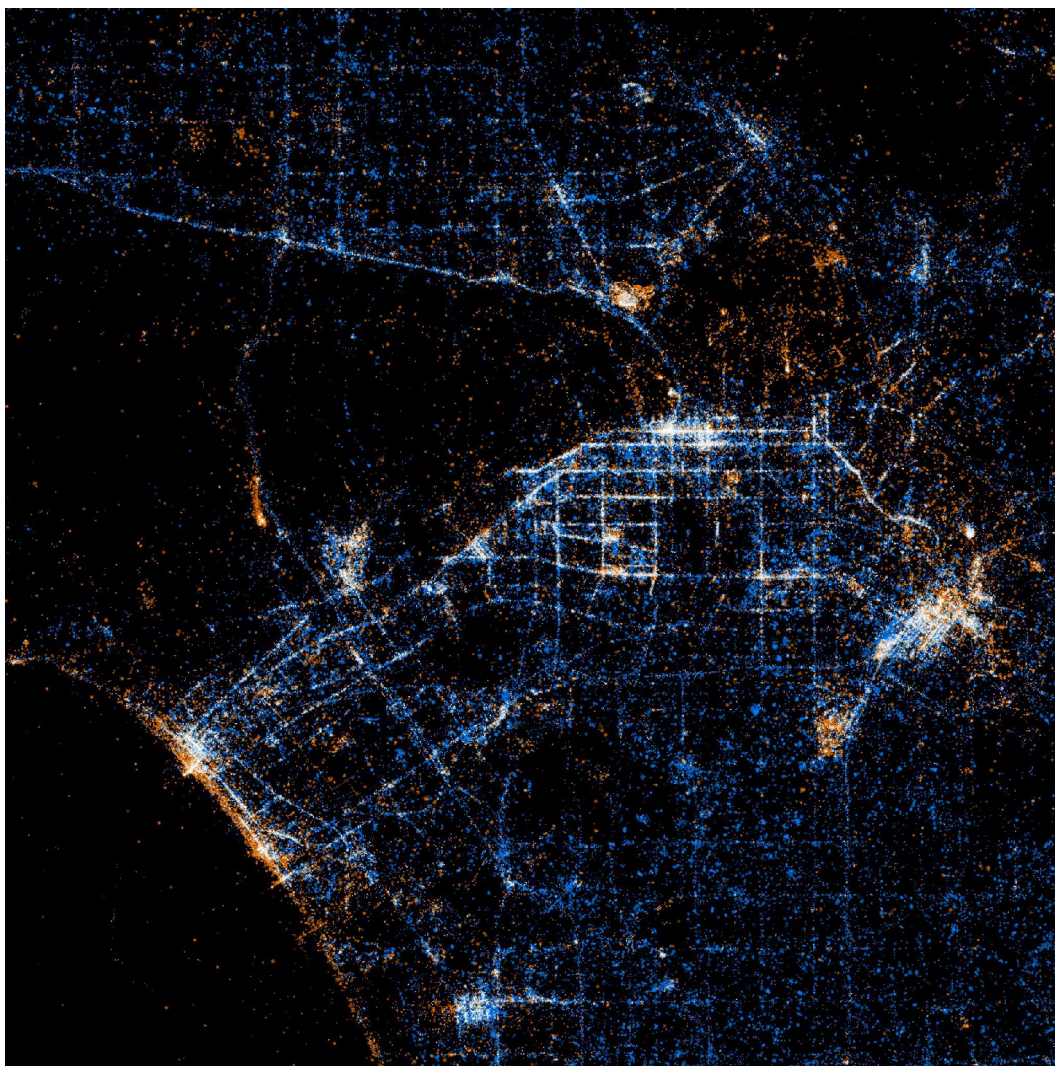
Mind the Gap!

Überlegungen zur digitalen Topographie II

„Suburbia/where the suburbs met utopia

[...] Let's take a ride/and run with the dogs tonight/in suburbia“

(Pet Shop Boys, Suburbia, 1986)



Los Angeles – aus der Sicht von twitter und Flickr.

© Eric Fisher, der diese Bilder dankenswerterweise zur Verfügung stellt.

* Benjamin Naujoks studiert Osteuropäische Geschichte, Slavistik und Philosophie an der Universität zu Köln.

Prolog: Los Angeles¹

Noch nicht allzu lange ist es her, da galt Los Angeles als Sinnbild für Suburbs. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet: es ist nicht nur zu einem Exempel für eine „gateway city“ oder „Ankunftsstadt“ – auch außerhalb der USA – geworden, Los Angeles bekommt zudem aufgrund der hohen Mobilität und Fluktuation seiner Einwohner innerhalb von jeweils nur einer Generation ein komplett neues Gesicht.² Marcel Hénaff fragt deshalb mit Recht: „Wo ist da die Stadt?“³ Die Antwort liefert er allerdings gleich mit, indem er drei Charakteristika auszumachen vermag: Erstens „Das Konzept der Stadt als Archipel“, dessen multizentrales Gefüge er als typisch für eine multikulturelle Stadt ansieht und diesem ein europäisches Modell gegenüber stellt, in welchem Minderheiten buchstäblich an den (Stadt-)Rand gedrängt würden. Zweitens „Das Konzept der offenen Zirkulation“, unter welchem er die beliebig erweiterbare Rechteckstruktur zusammenfasst. Und drittens „Das Konzept des globalen urbanen Raumes“, nach welchem die Verortung nicht mehr „in Begriffen der Stadt zu denken, sondern in [...] der urbanen Landschaft“ zu suchen sei.⁴

Hénaff folgert daher: „Los Angeles führt die extreme Version einer Zerstreung vor Augen, die für alle [...] Großstädte zur normalen Realität geworden ist: Der altherwürdigen Monumentalität sind ihre Grundlagen entzogen worden.“ Die Autobahnen seien daher „die wahren Monumente von Los Angeles“.⁵ Auf der virtuellen Landkarte aus Twitter- und Flickr-Daten scheinen sich seine Annahmen zu bestätigen, und er liegt zudem auch soziologisch goldrichtig mit seinem fast nicht besser zu formulierenden Fazit zur digitalen Topographie: „Das ist die Situation der virtuellen Welt. [...] Dieser Raum [...] ist weniger ein Dazwischen als vielmehr ein Halb-Ort (mi-lieu) oder sogar ein Nicht-Ort, ein Anderswo gegenüber allen Orten; dieses Anderswo tritt nicht zusätzlich zu unserer Erfahrung hinzu, sondern ist Bestandteil unserer *conditio humana*. [...] Ich bin immer gleichzeitig hier und dort, immer im Übergang vom Lokalen zum Globalen.“⁶ 140 Zeichen oder ein Bild – der exakte Ausdruck für diese Kombination aus den damit einhergehenden, global gerichteten Erwartungen und dem nicht fassbaren, virtuellen Ort: Utopia.

Newton, Fallobst und die Wellenreiter

„Am sonderbarsten fand ich damals, dass innerhalb der Eliten bald eine Personengruppe auf den Plan trat, die das Internet zu einem Instrument der erlesenen Revolutionen und Erlösungsmomente erklärte. Kein Zweifel: Die Leute, die diese Technologie zu der ihren gemacht haben, zu ihrem Stein der Weisen und zur großen Sache ihrer Generation (genau genommen ist es ja nicht einmal eine ganze Generation, sondern nur ein Teil davon: die fünf, zehn Jahrgänge, die um das Jahr 2000 herum erwachsen wurden und zu denen auch ich gehöre), werden die messianische Heilsbotschaft des Internets verkünden, bis sie dereinst sterben. Dieser winzige Haufen von Utopisten hat das Diskursfeld rund um das Internet abgesteckt, und die Nachgeborenen werden auch weiterhin in ihrem Schatten stehen.“⁷

Wer aber sind diese Leute, jener winzige Haufen, die „Macher des Internets“? Ken Auletta benennt eine, für dieses Marktsegment (früher bekannt als New Economy) grundlegende Unterscheidung, denn er differenziert zwischen denen, die das schufen (*wave makers*), was heute unter dem Begriff Internet firmiert und jenen, die diese Trends nutzen (*wave riders*). Er teilt nicht nur Greifs Ansicht, dass die eigentliche Innovation von einigen wenigen ausgeht: „the few who create waves, and the many who ride them – or drown“⁸. Auletta grenzt diesen Kreis nochmals weiter ein, auf die eigentliche Pionierleistung, unabhängig vom (späteren) Umsatz. Steve Jobs' Apple gilt für Auletta als ein solcher *wave maker*, ebenso Google, Hewlett-Packard, Intel und Amazon, nicht jedoch Dell oder Microsoft (gleichwohl er dessen Wirtschaftsleistung anerkennt). Der Einfluss von Facebook, YouTube, Twitter und Wikipedia bleibe abzuwarten, Google sei hingegen schon längst ein *wave maker*.

Nicht nur, weil der Begriff „googeln“ unlängst in unseren Sprachgebrauch eingegangen ist, sondern gerade weil Google andere Wirtschaftszweige direkt in deren Kerngeschäft zu treffen vermochte. „The Google Wave has crashed into entire industries: advertising, newspapers, book publishing, television, telephones, movies, software or hardware makers.“⁹ Die Pfunde, mit denen Google als *wave maker* wuchern kann, sind dabei weniger konkret in wirtschaftlich-empirischen Daten fassbar, sondern markt-psychologischer Natur: „Its power is measured by the

companies that fear it and the public that adores it.“¹⁰

Was für den einen nach Abschreckung klingt, ist für den anderen ein Beispiel gelungenen Brandings: so ergeben sich die Aktienkurse von Apple und Google vor allem durch ihren Namen, sprich: den der Company eigenen Brand, dessen Wert sich inzwischen hauptsächlich durch die potentielle Kaufbereitschaft der jeweiligen „Jünger“ des entsprechenden Lifestyles definiert.¹¹

Dabei war Google lange Zeit statisch, wie es der Begriff „etwas googeln“ verrät. Jemand greift (aktiv) auf die (passive, aber immer verfügbare) Suchmaschine Google zu, um zu einem anderen Punkt zu gelangen. Apple könnte hier als (aktives) Gegenstück gelten: die Musiksoftware iTunes macht Musikvorschläge, der iPod „shuffelt“ diese neuerworbene und Siri steht längst für das sprechende iPhone. Und hier könnte sich die Hypothese bewahrheiten, dass beide – ausschließlich – *wave maker* sind: keinem von beiden gelingt es, zugleich auch uneingeschränkter Nutznießer der eigenen Welle zu werden. Googles Versuche, aktiver zu werden (Google+ vs. Facebook) führten bereits auf anderen Feldern zur schlichten Übernahmestrategie (wie im Fall YouTube). Und Apples Bemühungen um mehr Breitenwirkung gefährden nicht nur das Alleinstellungsmerkmal der Lifestyle-Accessoires, sondern bekommen auch qualitative Konkurrenz (andere Smartphones, eReader, Netbooks usw.).

Letztendlich ist hierbei auf Greifs Erkenntnis zu verweisen, dass es für eine historische Einordnung – mindestens – eine Generation zu früh ist. Was aber bleibt, ist der Wellenimpuls. Ausgehend hiervon breitet sich gesetzmäßig eine Welle eigentlich mit gleichbleibenden Frequenzen aus. Eigentlich. Stellen natürliche Hindernisse noch das kleinste Problem dar (Funk, Satelliten und Glasfaserkabeln – auch unter der Hochsee – sei Dank), so schränken besonders politische und noch häufiger wirtschaftliche Gegebenheiten den Zugang zum globalen Datenozean ein. Ist die Welle aber einmal gebrochen, hilft auch das beste Surfbrett nichts mehr.

Städtische Stromschnellen und Digital Divide

Das Stadt-Land-Verhältnis spielt hierbei eine der zentralen Rollen. Allein das infrastrukturelle Argument spricht dafür, dass es in der Stadt leichter zu bewerkstelligen ist, eine höhere Bevölkerungsdichte mit einem Internetzugang auszustatten.¹² Hinzu kommen finanzielle Erwägungen, da das Verlegen neuer Glasfaserkabel über große Distanzen nicht gerade erschwinglich ist. Ebenso verhält es sich mit Funktechnologien, die Funkmasten erfordern.¹³ Die durchschnittlichen Kosten für 20 Stunden Internet sprechen eine klare Sprache: in den meisten Ländern der Welt belaufen sich diese auf 15-30 Dollar, in Europa, Russland, Nordamerika und weiten Teilen Asiens sogar nur auf bis zu 15 Dollar. Der Durchschnitt lag 2007 bei 22 Dollar, also einem Dollar pro Stunde. Dabei ist ein klares Nord-Süd-Gefälle ersichtlich: In weiten Teilen Afrikas müssen für 20 Stunden mehr als 50 Dollar aufgebracht werden.¹⁴

Vor allem die – westliche – Stadt scheint also, einmal mehr, der Katalysator für technische Beschleunigung zu sein. Dünn besiedelte Regionen verlieren weltweit und kommen aufgrund hoher Nutzungspreise kaum in die Lage, am IT-Boom der letzten zwanzig Jahre teilzuhaben. Alleine in Deutschland besteht ein beträchtlicher Unterschied zwischen Stadt und Land. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel ist die Metropolregion Rhein-Ruhr mit einer Rate von mehr als 95% der Haushalte fast vollständig mit Breitbandzugängen abgedeckt. Werden die nicht bewohnten Flächen größer, nimmt die Anbindung zur Datenautobahn drastisch ab: Ruhrschnellweg 2.0 quasi. Bereits im Münsterland schwankt die Rate zwischen 50% plus im landwirtschaftlich geprägten Umland und mehr als 95% in Münster selbst. Und hier ist lediglich die Rede von fest verfügbarem Breitbandinternet mit 2 MBits/s – Hochgeschwindigkeitsinternet oder das mobile Pendant sucht der Laptop oder das Smartphone hier meist gänzlich vergebens.

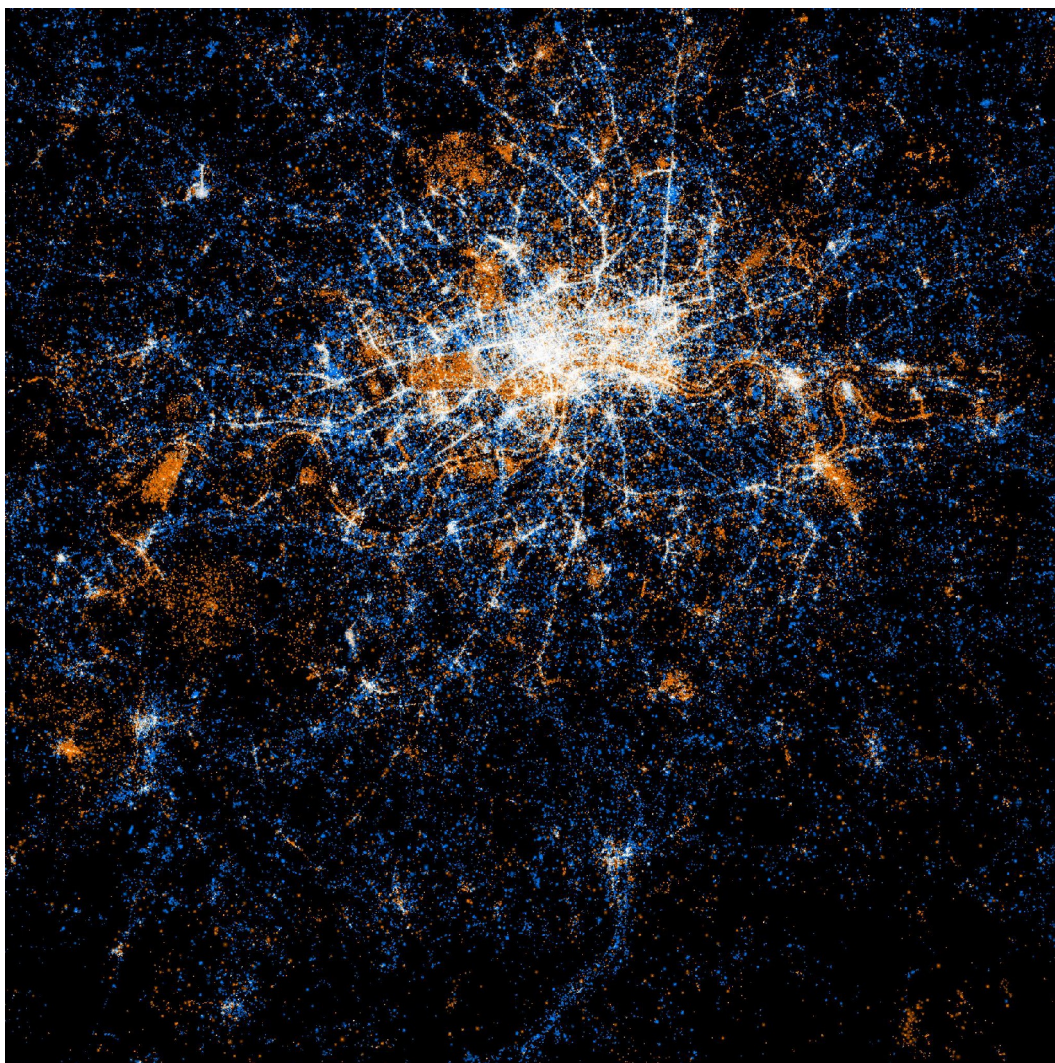
Mit Blick auf die Bundesebene wird das Bild nochmals düsterer: die sogenannten „strukturschwachen Regionen“ sind eben auch die Zugangsverlierer. Nicht einmal 10km südöstlich der Universitätsstadt Greifswald hat nur noch jeder Zehnte einen Breitbandzugang. In den anderen vier der sogenannten „neuen“

Bundesländer geht das Internet-Licht meist ganz aus. Ganze Landstriche bleiben so unbehelligt von Spam-Mails, aber eben auch von wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten. Wie eine Enklave des Fortschritts liegt inmitten dieser „Internet-Wüste“: Berlin.¹⁵ Es wundert daher kaum, dass sich daher „alles“ in der Hauptstadt der selbsternannten Hipster abspielt: wobei diese, mit dem Start-Up-Boom infolge einer neuen „Tech-Blase“ eher wie die Konservativen von morgen anmuten. Niemand ist eine Insel!

Dass der Ausbau von Breitbandtechnologien in Deutschland längst nicht – kann man überhaupt sagen: mehr? – so voran schreitet, wie ursprünglich politisch gewollt, ist wohl untertrieben: veraltete Technologiestandards, geringer bis gänzlich abwesender Marktdruck durch die verpasste Privatisierung und letztlich fehlender politischer Konsens verschlechtern zusehends immer mehr den Standort Deutschland.¹⁶ Und hier ist wohlgerne von einem der führenden Industrieländer die Rede! West und Ost bleiben so – digital – in Deutschland wohl noch länger getrennt. Wäre aber doch besonders das Internet dazu prädestiniert, den „Exodus“ junger, gebildeter Menschen – allen voran: Frauen – aus den „neuen“ Bundesländern zu verhindern. Die Generation nach 1980, welche mit „Digital Natives“ bezeichnet wird, hat es doch bisher offenkundig verstanden, immer neue Innovationen aus und mit dem „Netz“ zu schaffen. Einerseits Produzent, andererseits Konsument – das Internet bringt beides zusammen.¹⁷

Mit dem Blick für die Makroebene (hier: das Globale), scheint sich eine simpel anmutende Annahme in Bezug auf das Internet zu bestätigen: Die Differenz wird vor allem in der Nutzung ersichtlich. Unter Differenz verstehe ich hierbei vor allem eine individuelle. Erst nachdem dem Medium (Internet) neuartige Funktionen hinzugefügt wurden (Social Media), können diese wiederum weitläufig individuell genutzt werden (Post). Das Individuelle transportiert also das Bild von *wave maker* und *wave rider* auf die Mikroebene und begründet bestenfalls eine neue Welle. Letzten Endes taugt das Individuelle vice versa zum gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Impuls. Je mehr Nutzer, desto größer das Potential zur Mobilität. Schauen wir uns an dieser Stelle drei Metropolen unter diesem Gesichtspunkt genauer an: London, Paris und Istanbul.

Eins: London – virtuelle Metropole par excellence?!?



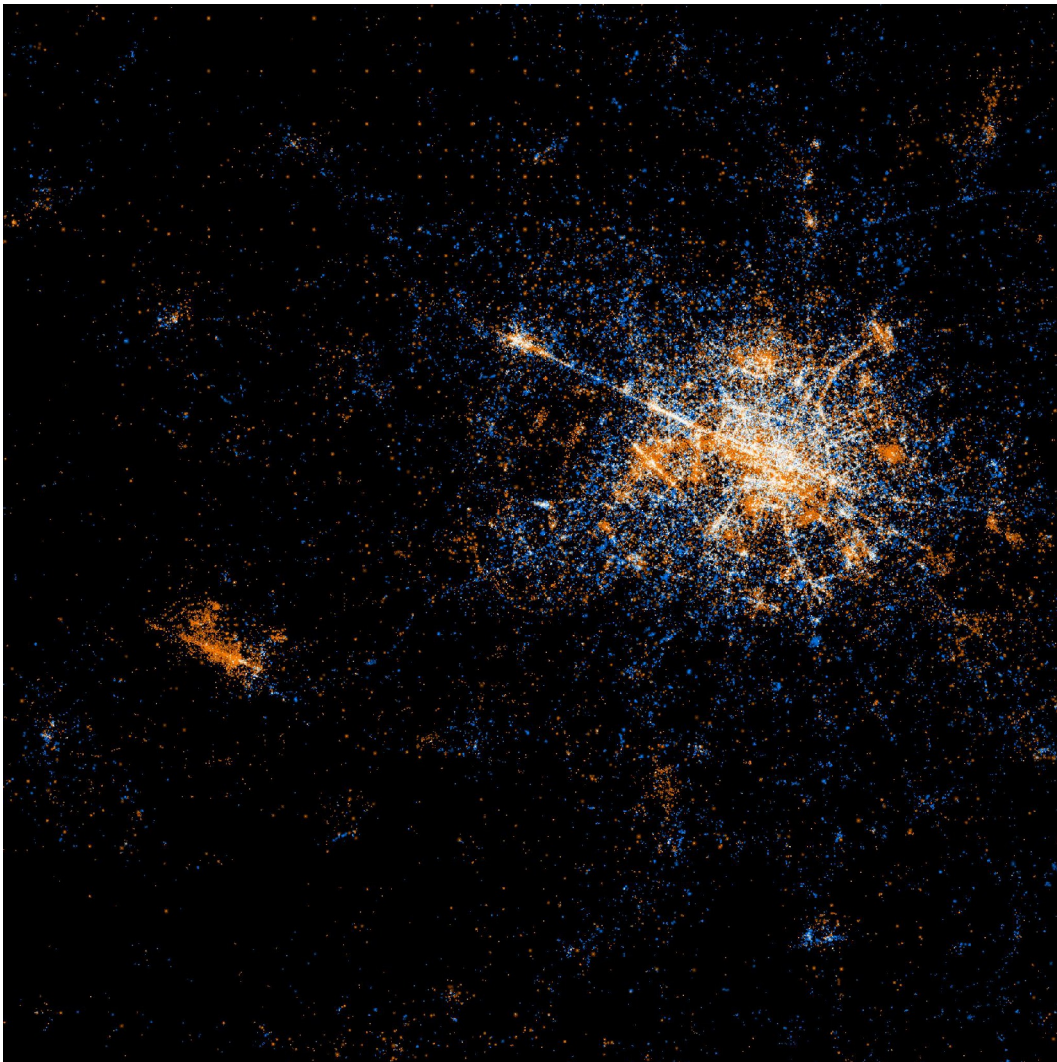
London – aus der Sicht von twitter und Flickr. © Eric Fisher.

London wirkt aus virtueller Sicht verblüffend real: groß und gut vernetzt. Was früher die Tube war, ist heute das mobile Internet – ein Wegweiser durch die Stadt. Wozu es führt, ist indes alles andere als determiniert. Banksy¹⁸ kann ebenso gefolgt werden wie gewalttätigen Straßenunruhen¹⁹, welche Banksy hernach thematisiert. In der britischen Metropole werden bis an die Stadtränder Twitter und Flickr genutzt – nicht nur die Themse zeichnet sich deutlich ab. Zudem ist der abgebildete Zeitpunkt bemerkenswert: die Flickr-Daten reichen von 2006 bis in den Juli 2011, die Twitter-Daten (Mai bis Juli 2011) geben hier den Blick frei auf die Monate unmittelbar vor den Unruhen des vergangenen Jahres.



© Banksy: "Flowerchucker". Online unter <http://www.banksy.co.uk/indoors/flowerchucker2.html>

Zwei: Paris – die Fotogene.



Paris – aus der Sicht von twitter und Flickr. © Eric Fisher.

Spöttisch ließe sich sagen, im Verhältnis von Nachricht (Twitter) und Foto (Flickr) obsiege in Paris immer die Ablichtung, nicht nur wegen des auffälligen Versailles! Der Schein trügt aber tatsächlich kaum, überwiegt doch die Nutzung des Bilddienstes Flickr. Gerade im Vergleich mit London wird dies ersichtlich. Entscheidend ist jedoch auch hier, dass beide Dienste stellvertretend für eine Tendenz stehen: mobile Verknüpfung und Aktivität durch das Internet. Einen noch deutlicheren Kontrast bietet jedoch gerade eine sogenannte Megacity.

Drei: Istanbul – die Geteilte



Istanbul – aus der Sicht von twitter und Flickr. © Eric Fisher.

Zwar die bevölkerungsreichste dieser Städte, verblüfft mit Blick auf Istanbul doch die Erkenntnis etwas, dass am Bosphorus scheinbar nur Twitter genutzt wird. Den touristischen Anteil heraus dividiert, scheint es keinen Anlass zu geben, Fotos zu teilen. Und auch Twitter findet augenscheinlich ausschließlich am Rande des Marmarameeres statt. Anders als in London und Paris sind nicht ganze Straßennetze erkennbar, sondern exakt die zwei größten Fernverkehrsrouten, welche die europäischen und asiatischen Teile verbinden. Anhand der Dichte von Twitter-Nutzungen im nördlichen Innenstadtgebiet lassen sich zudem die beiden bedeutenden Wirtschafts- und Finanzviertel in den Stadtteilen Beşiktaş und Şişli

ausmachen. Istanbul wirft im Vergleich eine Reihe von Fragen auf, die sich ohne weiteres an dieser Stelle jedoch nicht beantworten lassen werden: der gravierende Unterschied in der Nutzung von Flickr zwischen europäischem und asiatischem Teil, die Konzentration von Twitter-Nutzern am Ufer des Marmarameeres und dessen Nutzung weit hinaus entlang der Ausfallstraßen. Eine erster Gedanke wäre ökonomischer Natur: je weiter vom Zentrum weg, desto weniger Zugangsmöglichkeiten (ausgenommen das Auto als Zeichen wirtschaftlicher Unabhängigkeit jenseits ökologischen Bewusstseins).

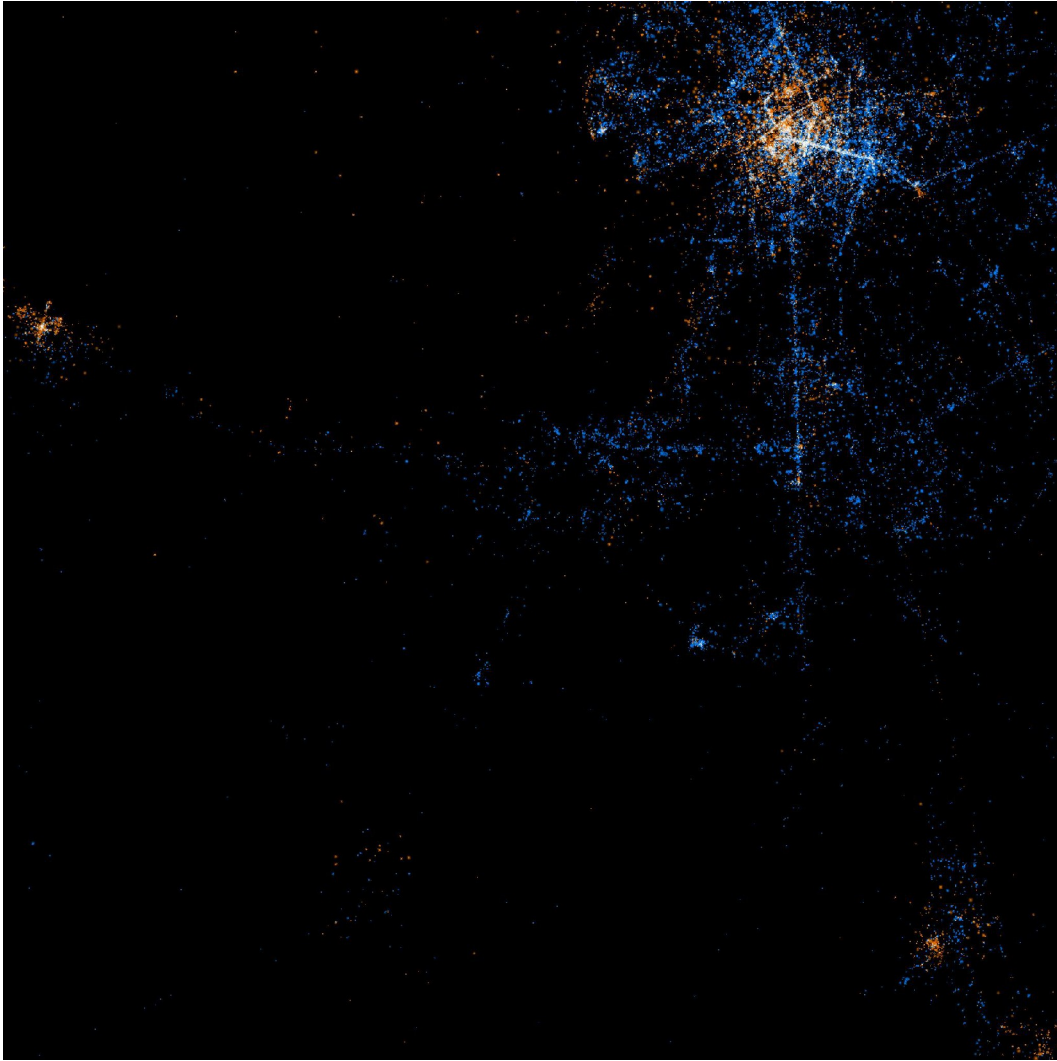
Wichtiger scheint mir aber eine andere Frage: nämlich die, wieso trotz gigantischer Wachstumsraten bei der Bevölkerungszahl nicht auch das Internet Einzug in die Vorstadt erhielt. Auch diese ließe sich ökonomisch beantworten und könnte tatsächlich auf den viel diskutierten Umstand hindeuten, dass eine Verbindung von Social Media und gesellschaftlichem Unruhepotential besteht. Entfachen soziale Proteste doch in Paris nicht nur in den sogenannten Banlieues wortwörtlich Autos und in London gleich ganze Stadtteile wie Tottenham. Istanbul hingegen steht für den Aufstieg der türkischen Wirtschaft und fungiert als der Magnet für Arbeitskräfte aus dem ganzen Land, gleichzeitig geht allerdings, so der Eindruck, kaum technischer Fortschritt einher oder es nimmt gar die (staatliche) Einschränkung zu. Ein klarer Fall von Teilmodernisierung also?

Ausgehend von Istanbul lässt sich zu drei Bildern überleiten, die diesen Kontrast weiter verdeutlichen: Internet-affine Räume versus Metropolen der Arbeit. Auf der einen Seite überwiegt inzwischen der Tertiärsektor (Dienstleistungen, Handel und Finanzen) und der Quartärsektor (Beratung, IT, High-Tech) nimmt Anlauf für einen neuen „Neuen Markt“. Dem gegenüber steht auf der anderen Seite der Aufholbedarf, vor allem im Sekundärsektor (Industrie, Baugewerbe, aber auch: Energiewirtschaft!) und die Knospen eines aufkommenden Marktes im Tertiärsektor. Interessant ist die Wahl der Arbeitskräfte, die unterschiedlicher kaum verlaufen könnte: der Tertiär- und Quartärsektor sucht diese inzwischen global, der Sekundärsektor erhält hingegen von allein massenhaften Zulauf aus den umliegenden, kleinsten Märkten des Primärsektors (Landwirtschaft, Viehzucht).

Istanbul verbindet noch beides, wenn auch im ungleichen Verhältnis zugunsten des letztgenannten. Aber schauen wir auf den Osten Europas, auf St. Petersburg, Moskau und Kiev, dann tritt ein Phänomen deutlich zu Tage: der sogenannte Digital Divide. Dieser ist eine moderne Umschreibung für den früher unter Wissenskluft bekannten Sachverhalt, nämlich, dass Wissen – in diesem Fall: Internet- und IT-Kenntnisse – letztlich immer eine Frage von Zugang zu diesem und der sozial erlernten Fähigkeit zum richtigen Einsatz dessen bleibt. Hierbei wird eine (soziale) Ungleichheit postuliert: Wissen ist Macht. Es gibt zum Digital Divide inzwischen eine Vielzahl methodischer Ansätze und soziologischer Perspektiven: ausgehend vom Konfliktpotential, über kulturtheoretische Perspektiven bis hin zu funktionalistischen Modellen.

Entscheidend ist die vorläufige Erkenntnis, dass Infrastruktur hierbei nur eine Voraussetzung, jedoch nicht das Allheilmittel ist: ein Internetzugang macht noch lange keinen Mark Zuckerberg!²⁰ Dem nicht unberechtigt erscheinenden Einwand, dass gerade im russischsprachigen Raum anglo-amerikanische Dienste eine geringere Rolle spielen mögen als die russischen Pendants (wie vkontakte, LiveJournal etc.), ist dadurch zu begegnen, dass das Verhältnis von Text und Bild hier ein ähnliches sein dürfte. Wer auf der Radialstraße, im Berufsverkehr wartend, etwas „postet“ und dabei den grauen Ausblick auf den Plattenbau links und rechts liegen lässt, der verhält sich plattformunabhängig. Exakte soziologische Untersuchungen für den Internetgebrauch im postsowjetischen Raum wären daher ebenso sehr wünschenswert.

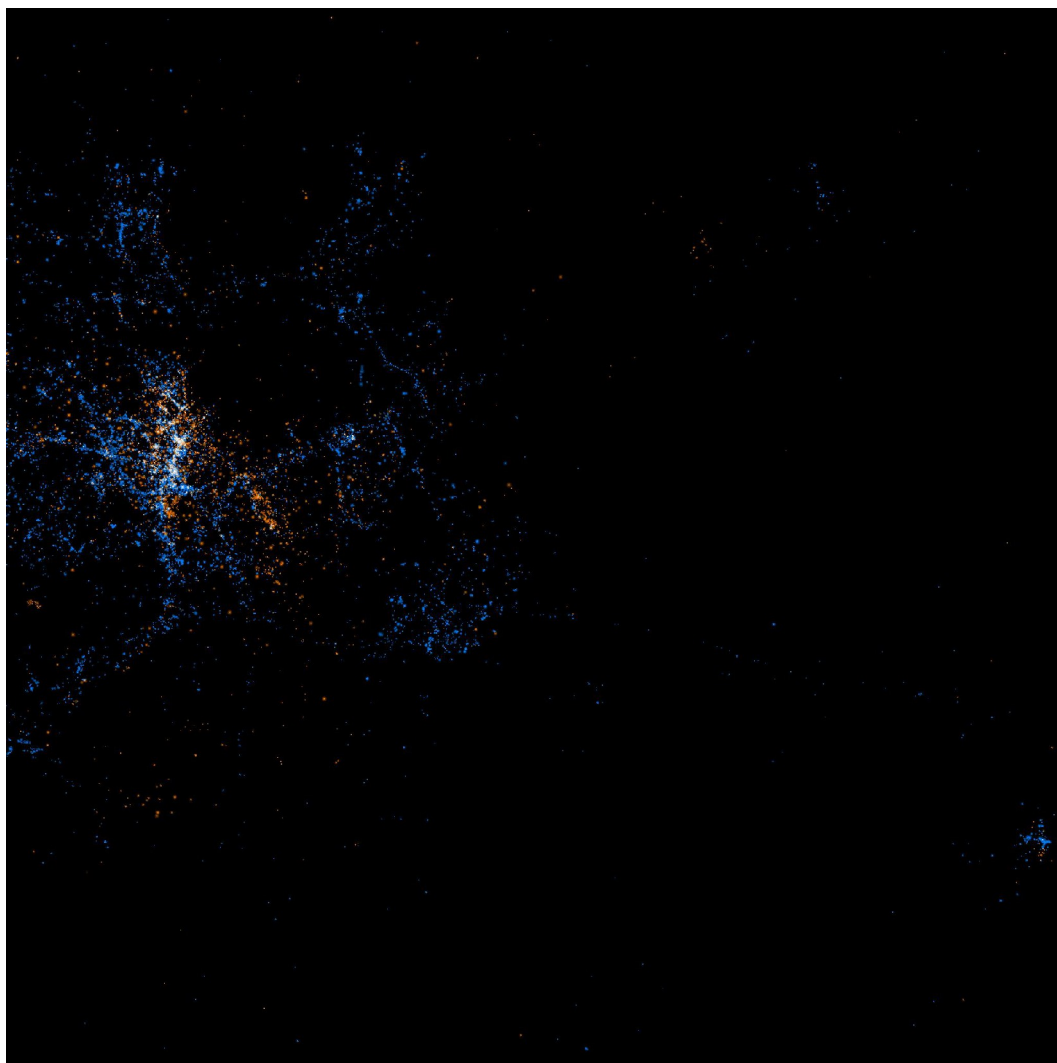
Vier: St. Petersburg – Tor zum Westen?



St. Petersburg – aus der Sicht von twitter und Flickr. © Eric Fisher.

Einst war es das Tor zur Technologie des Westens, inzwischen scheint St. Petersburg nur noch im Kern hoch technologisch. Wie in ganz Russland, wird auch hier das meiste Geld mit Rohstoffen erwirtschaftet. Vom touristisch geprägten Zentrum einmal abgesehen, wird Flickr kaum genutzt. Der Blick auf Twitter verrät bereits einen ganz eigenen Trend: den der schnurgeraden Ausfallstraße. Auch neomodische Errungenschaften nehmen vorsowjetische Wege, wenngleich die Nutzung insgesamt schwach ausfällt.

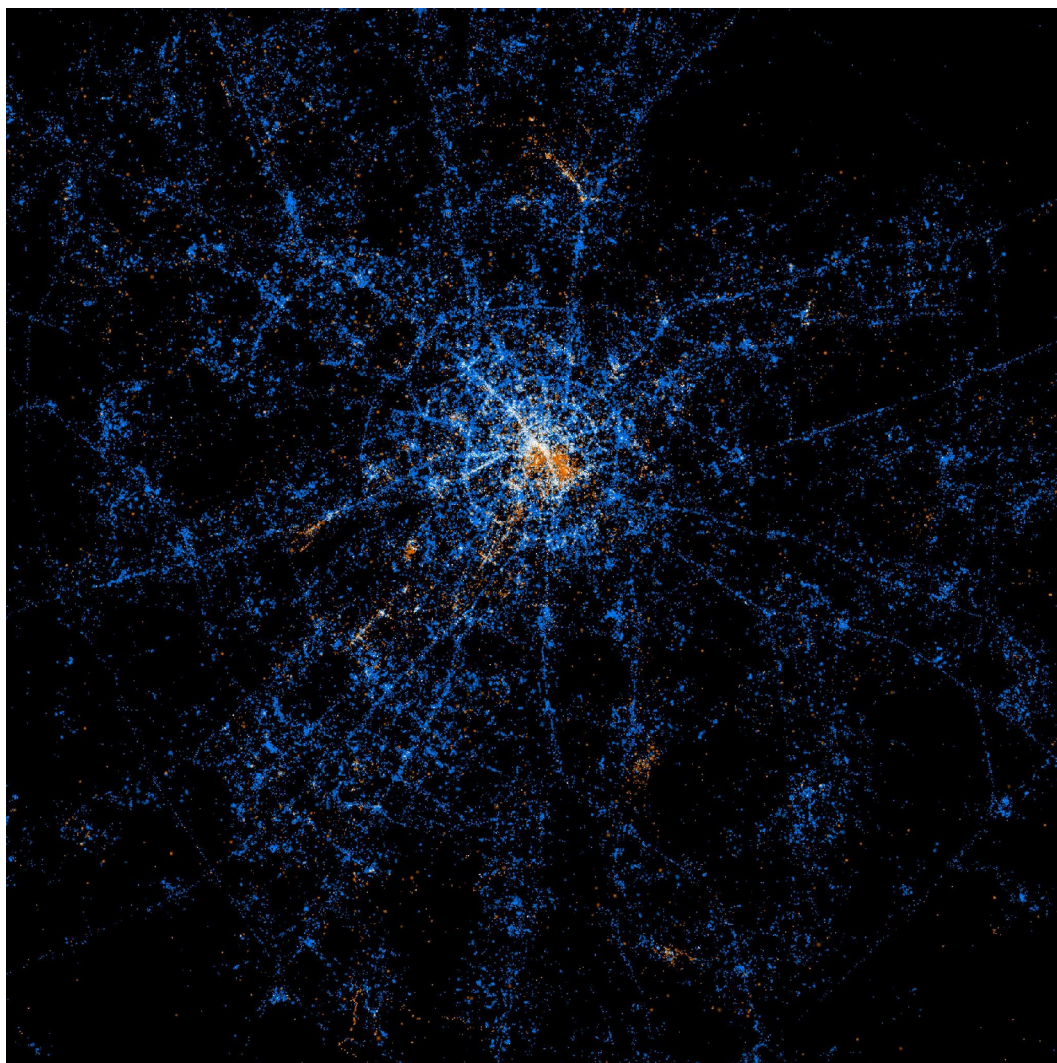
Fünf: Kiev – die Rus' im digitalen Nichts



Kiev – aus der Sicht von twitter und Flickr. © Eric Fisher.

Um Kiev – immerhin Endspielort der Fußball-Europameisterschaft in diesem Jahr – steht es noch schlechter. Es ist schlicht nichts deutlich zu erkennen, nur das Zentrum lässt sich erahnen. Die digitale Steppe. Hier scheint sich der Digital Divide voll zu bestätigen: politische Stagnation trifft gesellschaftliche Resignation, das alles in einem der ärmsten und gleichzeitig größten Länder Europas, der Ukraine. Vielleicht ist ja im Juli 2012 zumindest kurzfristig mehr erkennbar.

Sechs: Moskau – die Spinne



Moskau – aus der Sicht von twitter und Flickr. © Eric Fisher.

Wieder nach Russland. Hier zeichnet Moskau eines mit der spektakulärsten Bilder der digitalen Landschaft weltweit. Sinnbildlich zieht der Kreml alles an: Hobbyfotographen wie Mitteilungsbedürftige. Aber dann ist auch schon Schluss. Nach außen tragen wieder einmal nur die mächtigen Radialachsen (allen voran der „Goldene Ring“) die digitale Botschaft: versendet Euch! Wohlgermerkt verzichtet auch der Moskoviter lieber auf schöne Vorstadt-Bilder und textet nur. Deutlich reißt der digitale Zugang in den Vororten ab.

Fazit

Bezüglich des Ausbaus, der Verbreitung und der Nutzung des Internets dominieren bisher klar politische Erwägungen bei – wie auch immer legitimierte – Machthabern und diese sind eher darum bemüht, das Internet weiter zu kontrollieren denn unter wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten auszubauen. Der Begriff „regulieren“ ist meines Erachtens deswegen inkorrekt, da es dafür eines klar definierten Rechtsgegenstandes bedürfte und dieser im Medium „Internet“, zudem global, so nicht gegeben ist. Eine naheliegende Analogie ist vielleicht der Sammelbegriff „Verkehr“ in Relation zu der Eisenbahn oder dem Flugverkehr, welche beide – als nationale Angelegenheiten verstanden – wiederum reguliert werden können. Es ist allerdings vollkommen offen, wohin die Welle weiter schwappt: ob zurück zum Impulsursprung, weil ihre Bewegungsrichtung durch einen Widerstand umgekehrt respektive durch eine noch größere Welle überlagert wurde oder ob sie überschwappt auf neues Terrain, was eher zu vermuten ist. So dürfte es ausschließlich eine Frage der Zeit sein, bis einige *wave rider* noch größere und bisher politisch bewusst unberührt belassene, künftig aber als potentielle Flutbecken identifizierte Erdteile ins Visier nehmen und die Erlaubnis zum Export einfordern. Ob diese dort dann als neue *wave maker* gelten werden, das bleibt mit Spannung abzuwarten.

Und, was die Städte betrifft, hat es einmal mehr Marcel Hénaff auf den Punkt gebracht, indem er zwei Prognosen wagt: „So wie die industrielle Revolution [...] eine Suburbanität der Vorstädte entstehen ließ, [...] so wird das exponentielle Wachstum der elektronischen Netze schließlich die Idee der Stadt selbst in Frage stellen. [Die] beschleunigte Dynamik [wird] dazu führen [...], daß die traditionelle Stadt als solche obsolet wird. Denn die Netze sind derart mächtig [und] von der Geographie – die urbane eingeschlossen – immer unabhängiger geworden.“²¹

Epilog: Berlin

Berlin steht Paris näher als London... Wen hätte das überrascht – auch ohne Blick auf Twitter und Flickr. Repräsentation steht im Vordergrund: Forget the message and get the picture. Kulturkritische Intellektuelle könnten daher auch mal fragen, wieso Banksy ausgerechnet in London populär ist. Vielleicht genau deshalb? Weil die Stadt geprägt ist von der „City of London“, dem steril wirkenden Kern. Da kommt Graffiti gar nicht gut – oder eben doch: als Gesellschaftskritik. Wen interessiert in Berlin schon eine dreckige Wand, solange diese nur einen Zugang hat? Es fragt aber niemand. Berlin ist vorgeblich einfach zu schwer angesagt. London hingegen findet sich demnächst im Reiseführer wohl unter „Insidertipps“. Und Paris lebt vom Glamour früherer Tage – einmal fotogen, immer fotogen. Eine andere Frage wäre, wie man Berlin und Paris politisch überhaupt erreichen könnte? Brennende Autos haben beide, aber so richtig, so nachhaltig. Der Occupy-Abklatsch findet in Frankfurt statt, nicht in Berlin. Ein exponierter, gesellschaftskritischer Graffiti-Sprayer, der anonym bleiben will in der neuen IT- und Medien-Hauptstadt – da wüchse zusammen, was nicht zusammen gehört.

Kurioserweise scheinen sich gegenwärtig selbst London und Moskau ähnlich zu sein: Beide gelten nicht gerade als sexy, dafür aber auch nicht als nachgerade besonders arm. Findet doch hier in diesen Monaten einer der meist beachteten Prozesse zweier russischer Oligarchen statt. Mutige würden sogar zwei Kategorien ausmachen: London-Moskau einerseits und Paris-Berlin andererseits. Istanbul ließe sich wahrscheinlich gar noch mit zur ersten zählen. Kategorie A zeichnet sich durch den eigenen Anspruch aus, wirtschaftspolitisch regional wie international stark aufzutreten. Istanbul stünde hier pars pro toto für die Rolle der Türkei in der sich neu konsolidierenden „Arabischen Welt“. London plant weiterhin, der westeuropäische Finanzplatz schlechthin zu bleiben und Moskaus Versuche (wie zuletzt in Gestalt der Eurasischen Union), hier ein östliches Pendant zu bilden (im Gegengewicht zu China) sind nicht unerheblich. Kategorie B besticht vor allem durch eines: Wahlkämpfe, Personalien und Stillstand. Egal ob beim gleichzeitigen Ausstieg aus der Atomkraft und Subventionsabbau bei den erneuerbaren Energien oder bei der Frage nach gemeinschaftlicher Haftung oder nicht – alles wirkt zäh, weil ohne Leitlinien.



Berlin – aus der Sicht von twitter und Flickr. © Eric Fisher.

Berlin war immer schon Zentrum des technischen Fortschritts und so ist auch die exponierte Lage heute ein Produkt historischer Prozesse. Wurde doch – sowohl im Osten als auch im Westen – zu Zeiten des Kalten Krieges soweit aufgerüstet wie eben möglich. Danach kam das subventionierte Herausputzen zur alten, neuen Hauptstadt: Mauer weg, Sony-Center hin. Berlin kann froh sein, dass es schließlich doch noch hauchdünn Hauptstadt wurde. Sonst wäre eine Debatte definitiv früher losgebrochen: was und wem nützt es, arm, aber angeblich sexy zu sein? Es gibt inzwischen – dem Internet sei Dank – globale Plätze, die weitaus vergnüglicher und vor allem nachhaltiger und kostengünstiger daher kommen. Es bleibt daher zu wünschen, dass Berlin sich nicht schon sehr bald als ein abgewrackter Kahn (unter Totenkopfflagge) mit blendend schönem Deck (Prenzlauer Berg) erweisen wird, der in internationalen Gewässern außer einer „hippen“ Crew nichts zu bieten hat.

- 1 Eric Fischers Album *See something or say something* findet sich – natürlich – bei Flickr unter: <http://www.flickr.com/photos/walkingsf/sets/72157627140310742/>. Dargestellt sind rot die Orte der hochgeladenen Bilder auf dem Portal *Flickr*, Blau die Orte der abgesetzten Meldungen (*tweets*) bei *twitter* und Weiß steht für Orte, an denen beide Dienste genutzt wurden. Die Daten für Flickr bilden den Zeitraum seit der Veröffentlichung der ersten Geotagging-Daten des Dienstes im Jahre 2006 bis einschließlich Mai 2011 ab, die twitter-Daten beziehen sich auf Mitte Mai bis Mitte Juli 2011.
- 2 Vgl. Sanders, Doug, *Arrival City*, München, 2011, S. 129-158.
- 3 Hénaff, Marcel, *Globale Urbanität. Die Stadt als Monument, Maschine, Netzwerk und öffentlicher Raum*, in: *Lettre International* 95, S. 109.
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Greif, Mark, *Bluescreen. Ein Argument vor sechs Hintergründen*, Hrsg. und aus dem Englischen übersetzt von Kevin Vennemann, Berlin, 2011, S. 153.
- 8 Auletta, Ken, *Googled. The End of the World as We Know It*, London, 2010, S. 281.
- 9 Ebd., S. 282.
- 10 Ebd.
- 11 So brach erst im Januar 2012 der Aktienkurs von Google deutlich ein, obwohl der Konzern auf Jahressicht mehr als 25% mehr Umsatz machte. Die Aktionäre hatten jedoch mit weit mehr gerechnet.
- 12 Als internationale Ausnahme sei hier Estland genannt, welches in seiner Verfassung ein Recht auf freien Internetzugang verankert weiß und daher landesweit ein kostenloses W-LAN-Netz stellt.
- 13 Satellitengestütztes Internet ist in den folgenden Überlegungen aus technischen Gründen zu vernachlässigen.
- 14 Vgl. Le Crosnier, Hervé, *Das Handy drängt ins Internet*, in: Gresh, Alain et al., *Atlas der Globalisierung*, 2. Auflage, Berlin, 2010, S. 34f.
- 15 Vgl. Stöcker, Christian, *Deutschland lahm beim Netzausbau*, in: Spiegel Online, 07.12.2011, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,802302,00.html>. Dort findet sich eine übersichtliche deutschlandweite, interaktive Karte zur Breitbandanbindung. Ausführlicheres Kartenmaterial (differenziert nach Bundesland, Geschwindigkeit, Technologie etc.) beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im sogenannten „Breitbandatlas“ unter: <http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/breitbandatlas.html>
- 16 Vgl. Ulrich Clauß: „Deutschland verliert Anschluss ans Internet-Zeitalter“, in: Welt Online, 19.01.2012, <http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article13823087/Deutschland-verliert-Anschluss-ans-Internet-Zeitalter.html>
- 17 Vgl. Palfrey, John und Gasser, Urs, *Born digital. Understanding the first generation of digital natives*, New York, 2008, S. 223ff., wo es unter anderem heißt: „Digital Natives are transforming business. [...] their biggest impact has been through their entrepreneurship [...]. But Digital Natives are making huge waves as employees and consumers, too [...].“
- 18 Die Begriffe „Bansky London“ ergeben bei Google 11,6 Millionen – ungefähre! – Treffer.
- 19 Vgl. Kuhn, Johannes, *Rolle von Twitter und Facebook. Unruhe im Echtzeit-Netz*, Süddeutsche Online, 10.08.2011, <http://www.sueddeutsche.de/digital/twitter-und-facebook-in-grossbritannien-unruhe-im-echtzeit-netz-1.1129764>
- 20 Vgl. die gute Darstellung des Forschungsstandes bei Witte, James C. und Mannon, Susan E., *The Internet and Social Inequalities*, New York, 2010, wo es auf S. 156f. heißt: „Individuals not only have different levels of Internet access, they bring different levels of skill, different motivations, and different needs to the Internet. [...] Given its egalitarian potential, universal Internet access is a worthy goal. But [...] the structure of the Internet has developed in conversation with economic and social inequalities. [...] When we look closely at how different groups use the Internet, and how the Internet uses them, we begin to see that the story of the digital divide is not simply one of access. [...] Not everyone participates in Twitter. Like most Web2.0 applications, Twitter's user base is more privileged than most.“
- 21 Hénaff, Marcel, *Globale Urbanität. Die Stadt als Monument, Maschine, Netzwerk und öffentlicher Raum*, in: *Lettre International* 95, S. 106.

C H R I S T O P H S C H M I D T *

Wege zum Ruhm, Wege zur Wissenschaft

„Es gilt als ausgemacht: Unsere Universitäten perfektionieren ihr Funktionieren als Blödmaschinen.“

(Metz, Markus und Seeßlen, Georg, *Blödmaschinen. Die Fabrikation der Stupidität*, Frankfurt/M., 2011, S. 579)

Die EU wollte zum Global Player aufrücken. So begann der umfassende Umbau des deutschen Hochschulwesens, wie er 1999 in Bologna beschlossen wurde, die europäische Wachstumsstrategie von Lissabon 2000 und die Einführung des Euro. Und was wurde daraus? Hier stehen sich zwei Meinungen gegenüber: Die einen zeigen echte Begeisterung und wollen viel Gutes erblicken, unabhängig davon, ob sie es selbst erlebt haben. Zu dieser Strömung zählt stellvertretend für alle anderen die derzeitige Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) mit ihrem schönen Wort: „Die deutschen Hochschulen sind hervorragend aufgestellt.“

Die anderen halten Begeisterung ebenfalls für sehr schön, sind aber von Empirie wie vergiftet. Global Player hieße ja auch: Mehr Interesse für andere Länder. Mehr Ideen, mehr Initiative! Nach fünf Jahren kann man jedoch sagen: Das Gegenteil ist der Fall. Der Osteuropabereich verzeichnet einen Niedergang sondergleichen. Überschaute man die jetzige Situation der Fächer Slavistik und Osteuropäische Geschichte (OEG), könnte man vier Varianten unterscheiden.

1. Das eine Fach existiert ohne das andere

Dies ist derzeit der Fall in Städten wie Bielefeld, Münster, Hannover und Düsseldorf. Ob ein nachhaltiges Bildungserlebnis unter diesen Umständen möglich ist, bleibt die Frage, vor allem weil ein osteuropa-spezifischer Studiengang bei einer so schmalen Personalausstattung kaum möglich erscheint. Ein Fach allein ist dafür zu wenig. Ob diese Lehrstühle daher dauerhaft erhalten bleiben, wenn sie nur Teil eines größeren

* Christoph Schmidt lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

Faches wie allgemeine Geschichte sind, wäre aufgrund anhaltender Sparzwänge fraglich.

2. Beide Fächer bestehen nebeneinander

Slavistik und OEG lassen sich derzeit studieren in Berlin (FU und HU), Kiel, Hamburg, Bochum, Tübingen oder Freiburg. In Bamberg besteht das Spezifikum, Kunstgeschichte Osteuropas neben Slavistik anzubieten. In aller Regel ist die OEG hier Teil eines größeren Studiengangs wie allgemeine Geschichte, lässt sich daher auch ohne slavische Sprachkenntnisse belegen. Allem Anschein nach sind diese Fachvertreter mit ihrer Situation nicht unzufrieden. Insbesondere wenn die OEG als Pflichtmodul auch von Studierenden der allgemeinen Geschichte absolviert werden muss, scheint es innerhalb der vorgeschriebenen sechs Semester zu gelingen, auch beim BA eine Grundvorstellung der Sonderrolle Osteuropas zu vermitteln. Der Weg zur Promotion im Fach OEG ist jedoch schwierig, da OEG als Hauptfach fehlt.

3. Regionalstudien Osteuropas

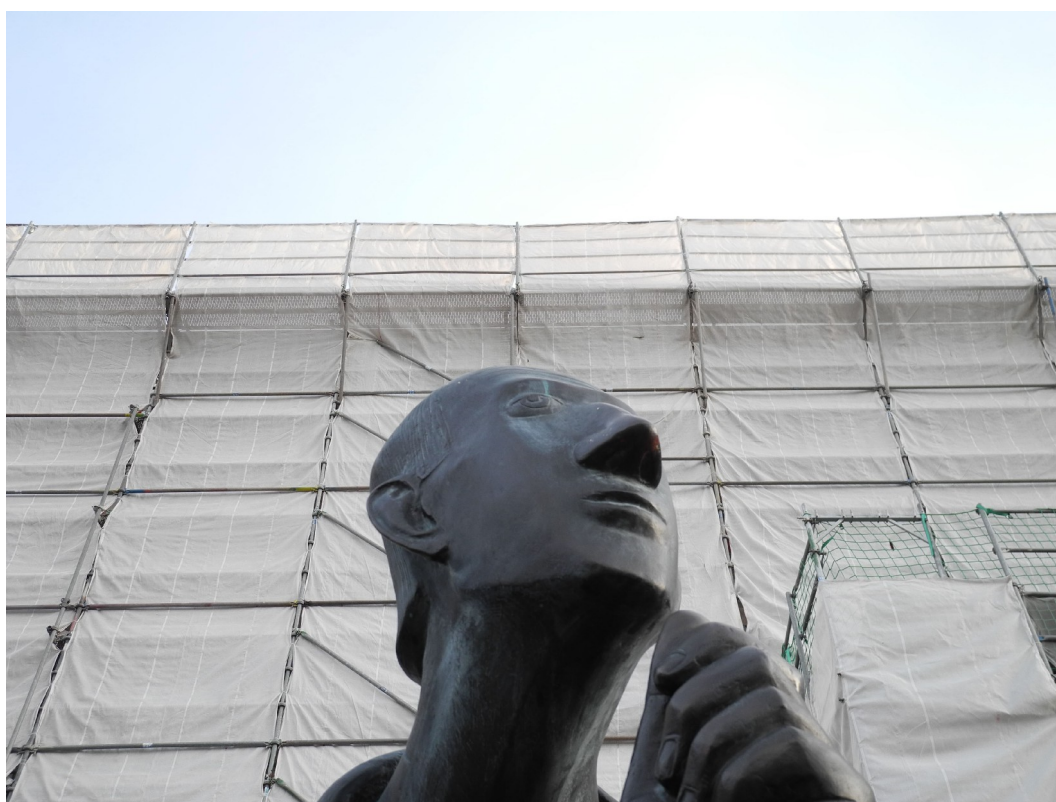
Damit sind gemeint die übergreifenden Studiengänge aus Fächern wie Slavistik, OEG, Politik, Ostrecht und VWL. Aufgrund der Vielzahl beteiligter Institute ist diese Variante nur an größeren Universitäten wie etwa in Köln entstanden. Allerdings haben es die beteiligten Disziplinen unterlassen, eine genaue Schnittmenge des neu entstandenen Faches zu definieren. Es existiert nur in der Lehre, nicht in der Forschung, denn jeder der beteiligten Dozenten kann nur den Blickwinkel seines Faches (also eines von insgesamt fünf) vertreten. Wie die Kölner Erfahrung zeigt, ist das Interesse am Aufbaustudium des Masters so gering, dass über dessen Streichung diskutiert wird. Noch dazu führte das Modell Regionalstudiengang dazu, dass Slavistik und OEG die Doktoranden ausgehen. Promovieren lässt sich ja nur im Hauptfach (das es so nicht mehr gibt), nicht aber in Regionalstudien. Im Grunde ist es ohnehin erstaunlich, dass man in Köln ein Fach wie ROME (Regionalstudien Ost- und Mitteleuropas) studieren kann, bei dem von ehemals sechs Professuren im Januar 2012 nur noch eine besetzt ist. Hier blieb vom angestrebten Global Player offenbar nur der Player erhalten. Für welches Team aber spielt er? Doch nicht für das Braunhemd der Gegenaufklärung?¹

Die Vielzahl der beteiligten Fächer führte dazu, dass die Studierenden nicht selten bloße Teilnahme nachweisen müssen – mehr nicht. Greift man die Vorlesung als Beispiel heraus, bürgern sich unter diesen Umständen seltsame Dinge ein. Die Teilnahme auch durch Anwesenheitslisten zu überprüfen, kollidiert laut Ministerialerlass mit der studentischen Freiheit. Ergo tummeln sich in den vorderen Reihen Senioren. In aller Regel haben sie im Rahmen ihrer Berufsausbildung schon ein Studium absolviert, sind motiviert, aufmerksam, diszipliniert und sehr belesen – als Nachwuchs ideal. Die jüngeren Studierenden in den hinteren Katakomben des Hörsaals wurden dagegen weniger durch Neigung als durch Ödnis der Pflicht an diesen düsteren Ort geführt. Im Grunde kann man ihr geringes Interesse auch gut verstehen, sind dies ja keine Hauptfach-Slavisten usw. Also dient das Handy als Emblem einer Epoche dazu, die 90 Minuten der Vorlesung unbeschadet zu überstehen.

4. Zentren

In Gießen und München wird der Versuch gewagt, Osteuropa in etwas breiterem Lehrangebot (nach heutigem Maßstab) zu vertreten. Dabei hat sich die bayerische Landeshauptstadt besonders hervorgewagt, da sie ihren OE-Studiengang zur Elite ausrief. Es wäre schön, wenn dem so wäre, nur gefiel sich der bayerische Föderalismus darin, das Osteuropainstitut von München nach Regensburg zu verlagern und den großartigen Osteuropalesaal der Staatsbibliothek mit der Orient- und Ostasiensammlung zusammen zu stopfen. Eine Verbesserung des Umfelds ist dies sicherlich nicht. Genauer betrachtet erscheint fraglich, welches Argument den elitären Anspruch denn stützt. Die personelle Ausstattung ist es mit Sicherheit nicht, da die zweite Stelle für OEG nur befristet ist. Alles in allem entsteht der Anspruch, dass ausgerechnet München weit unter dem Möglichen blieb. Für zusätzliche Verwirrung sorgt hier der Umstand, dass Bayern der Aura von BA-MA offenbar nur skeptisch begegnet. Nur hier existiert der alte Magisterstudiengang neben dem neuen BA-MA. Oder nennt sich heute Elite, was früher doch gang und gäbe war? Das wäre ein gelungener Marketing-Gag.

Auch in Gießen wirkt manches eher problematisch. Hier erhebt sich das Osteuropazentrum auf der Asche von Kassel, Marburg und Frankfurt/M., wo jegliche Osteuropastudien erloschen sind. Schon daher könnte man sagen, dieses Zentrum ist kein Zentrum inmitten anderer Institute, sondern ein Monopol, entstanden durch Verwüstung. Der alte Gießener Schwerpunkt, die Agrargeschichte, liegt brach und auch die Trennung vom Herder-Institut in Marburg kann sinnvoll nicht sein. Darüber hinaus erschien es dem frisch berufenen Vertreter der Geschichte Südosteuropas ratsam, Gießen fluchtartig zu verlassen und sich ins schöne Bochum zu evakuieren. Noch dazu verteidigt Osteuropa seinen oftmals inferioren Ruf auch in Gießen hartnäckig. Ein schönes Beispiel dessen lieferte die überragende Gießener Slavistin Anna Ananiewa, die über die russischen Gärten im 18. Jahrhundert 2010 ein großartiges Buch vorlegte. Auf die Frage, warum sie ihre Arbeit nicht in Slavistik eingereicht habe, meinte sie unumwunden, die Komparatisten hätten den deutlich besseren Ruf. Sie behielt recht. Nach Abschluss ihrer Doktorarbeit erhielt sie die Chance, als Komparatistin nach Bonn zu wechseln – wo die Slavistik geschlossen wird.



„Ich besaß es doch einmal, was so kostbar ist. Dass man doch zu seiner Qual niemals es vergisst.“ © Christoph Schmidt.

Alles in allem hat von vier Seminaren für OEG in Hessen nur eines überlebt, von fünf Instituten für Slavistik in Nordrhein-Westfalen ebenfalls nur eines. Dieser umfassende Niedergang lässt sich mit Annette Schavans eingangs zitiertem Ausspruch mit Sicherheit kaum fassen: Werden Fächer geschlossen, die in Blüte stehen? Und was war eigentlich eher: Der äußere Niedergang an Mitteln, Stellen usw. oder der innere, also der Rückzug ins akademische Ghetto, die Reduzierung auf den Roten Oktober oder der Verzicht auf „Sitz im Leben“? Selbst an allem schuld, kann man da nur sagen, denn wer nicht den Funken bewahrt, erhält die Asche zurück.

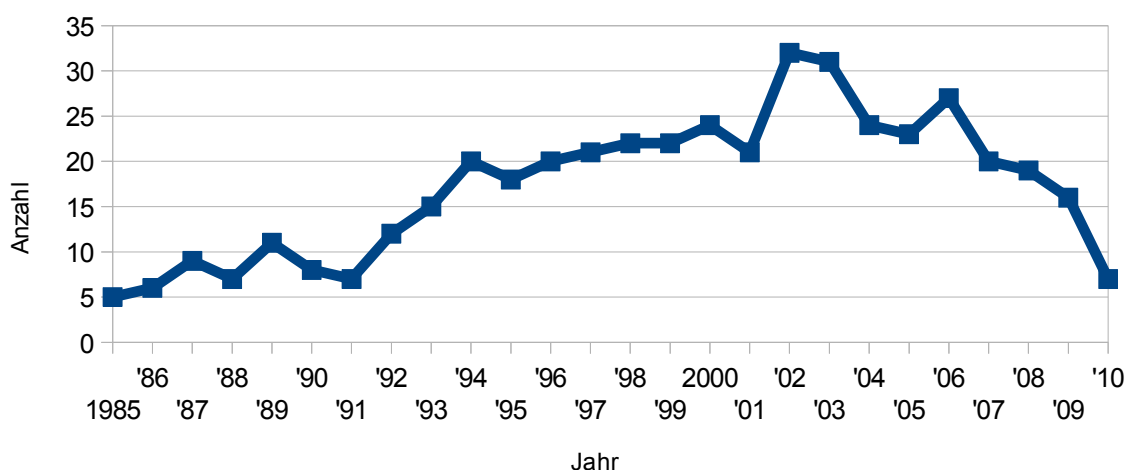
Die politische Konjunktur hat die Osteuropastudien seit 1991 nicht gerade begünstigt. Der Fehler aber war, sich von dieser Konjunktur abhängig zu machen und nicht den Weg zu Übergreifendem anzustreben, wie ihn Ägyptologen, Ethnologen oder Archäologen schließlich auch gefunden haben. Am steten Tropf politischer Relevanz tritt jedoch ein Zyklus zutage, der den deutschsprachigen Doktorarbeiten im Fach OEG seit 1980 ein vehementes Auf und Ab beschert hat. Legt man einen Zeitraum von etwa zehn Jahren zugrunde zwischen erstem Semester und Abgabe der Dissertation, wird der Boom Mitte der neunziger Jahre als Reaktion auf die Perestrojka unter Gorbačev verständlich. Zum vorerst letzten Mal betrat hier eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte den politischen Kreis, die nicht nur für den Umbruch verkrusteter Strukturen stand, sondern auch Interesse am europäischen Osten auslöste.

Nach der Jahrtausendwende erreichte dieser Eindruck seinen Zenit mit mehr als 30 Doktorarbeiten pro Jahr. In kaum zehn Jahren hatte sich der Output damit vervierfacht. In den folgenden Jahren zeigte sich allerdings schnell, dass die Nachhaltigkeit fehlte. Das Lüftchen war schnell verpufft, auch weil schon seit den neunziger Jahren ein deutlicher Abbau der Osteuropa-Dozenturen einsetzte. Allerdings vollzog sich dieser Abbau in den USA noch schneller als in Deutschland, da die Marktorientierung vieler amerikanischer Universitäten „Slavic Studies“ durch „Modern China“ ersetzte. 2010 schlugen schließlich nur noch sieben Dissertationen zur OEG zu Buche, ebensoviele wie 1986 vor Einsetzen der Konjunktur. Hier verdeckt der quantitative Wandel einen qualitativen, wurden 1986 noch drei Doktorarbeiten zum slavischen Mittelalter geschrieben, 2010 aber keine mehr. Mit der äußeren

Verarmung geht daher eine innere einher. Hier wird Vielfalt abgebaut, wie auch BA-MA die Zeitgeschichte einseitig in den Vordergrund stellt. Vermutlich tritt der Verlust an zeitlicher Tiefe zuerst bei den Dozenten auf, dann erst bei den Studierenden. Beiden schwebt seit Bologna Beschleunigung vor: Bei den einen der Karriere, bei den anderen des Studiums. Für Beschleunigung aber taugt das Mittelalter nicht. Obschon sich alle wesentlichen Entscheidungen der Geschichte Osteuropas aus dem Mittelalter herleiten – man denke nur an die verschiedenen Formen der Christianisierung, wobei die lateinisch geprägte Kultur bis heute höhere Wachstumsraten als die griechische aufweist –, steht die slavische Vormoderne kurz vor dem Aussterben und verdient Artenschutz.

Dissertationen OEG 1985-2010

Quelle: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Grafik: © Neues Osteuropa.



Wie lässt sich die Graphik interpretieren? Hier stehen drei Sichtweisen im Vordergrund. Die erste erblickt einen Zusammenbruch auf ganzer Linie. Dieser Einbruch erscheint als so stark, dass man derzeit wohl von einem Personalüberhang sprechen muss, bezogen auf das studentische oder öffentliche Interesse. Dieser Überhang, so die Konsequenz, lässt sich daher mit gutem Gewissen streichen, bis Angebot und Nachfrage dereinst wieder im Einklang stehen. Dem widerspricht der zweite Standpunkt, der in baldiger Zukunft einen neuen Höhepunkt des deutschen Osteuropainteresses erwartet. Behalten wir das Personal also lieber bei, denn

intellektuelle Positionen, die man aufgibt, sind kaum noch wiederherzustellen. Dieser Ansatz ist jedoch spekulativ.

Auch wenn das studentische Interesse an Osteuropastudiengängen wie in Köln durchaus vorhanden ist, blieb eine neue Welle von Doktorarbeiten bislang aus. Viele der Studierenden sind Migranten, denen an akademischen Weihen nichts liegt. Schließlich könnte man auch behaupten, im Grunde zeigt die Statistik der Doktorarbeiten ja eine Normalisierung. Es waren die Konflikte seit dem Aufkommen des Nationalismus im 19. Jahrhundert, die den deutschen Osteuropastudien auf die Beine halfen. Wenn es diese Konflikte in Zukunft nicht mehr gibt, umso besser... Die Bedeutung von BA-MA geht über die Hochschulen daher weit hinaus: Zu einem sozialen Wandel (angestrebte Erhöhung der Quote von Hochschulabsolventen) kommt der mediale und der wirtschaftliche (ständiger Einsparzwang). Es ist vor diesem Hintergrund nicht erstaunlich, wenn BA-MA die Anforderungen auf ganzer Breite senkt. Leistungssteigernd kann sich unter den genannten drei Faktoren allein der mediale bzw. digitale auswirken: Das macht seine Schlüsselfunktion aus.

Auf welche Ursachen geht dieser tiefgreifende Umbau nun zurück, dessen politische Bedeutung noch kaum ersichtlich ist? Vielleicht lassen sich hier drei Ebenen unterscheiden, die der Osteuropastudien, der Universitäten und der EU. Vermutlich steht es um die gesamte Philosophische Fakultät (Phil.-Fak.) nicht zum Besten: Zeitgleich mit dem Übergang zu BA-MA senkte das Gesetz zur Professorenbesoldung von 2002 deren Gehaltsniveau auf das von Lehrern, nur dass diese in sehr viel jüngerem Alter feste Stellen antreten. 2007 wurde noch dazu das Göttinger Max-Planck-Institut für Geschichte geschlossen, so dass es keineswegs nur den Osteuropastudien an den Kragen ging. Die Potsdamer Slavistik erwarb sich das große Verdienst, den Niedergang der kleinen Fächer insgesamt zu kartieren. Weil das Niveau in kleinen Fächern aber tendenziell niedriger als in großen ist, zeichnen sich in den Osteuropastudien schon Spezifika eines Generationswandels ab. In aller Kürze sei er hier in sieben Stationen zusammengefasst, die für den Weg zum Hochschullehrer heute oftmals typisch sind.

1. Studium: Der oder die künftige DozentIn studiert Slavistik oder OEG nicht überragend, aber liegt im oberen Drittel. Dabei leidet insbesondere die Slavistik darunter, dass Geisteswissenschaften unter sowjetischen Bedingungen nicht möglich waren. Ihr fehlt – anders als der Anglistik oder Romanistik – ein dynamisches Referenzsystem. Dieses Defizit begünstigt Isolation und Verkümmern. Er oder sie schließt das Studium ab, hat aber begriffen, dass die heutige Uni ein attraktives Berufsfeld kaum noch bietet. Dafür sind die Stellen zu knapp und das Risiko, irgendwann biographischen Totalschaden zu erleiden, zu hoch.
2. Arbeitsmarkt: Er oder sie tritt ein Praktikum oder eine befristete Stelle in der Wirtschaft an. Damit entfällt das, was früher obligatorisch war: Mehrere Semester in Polen oder Russland. Dieser Mangel ist in mehrfacher Hinsicht grundlegend. Es gibt Osteuropahistoriker, die keine einzige slavische Sprache beherrschen. Der Ausflug zum Arbeitsmarkt bewirkt zudem eine Überalterung des akademischen Nachwuchses. Früher lag der Altersdurchschnitt bei der Doktorarbeit in der Phil.-Fak. bei 33, für die Habilitation bei 39. Auch für die Anzahl der Veröffentlichungen vor der Habilitation gab es klare Kennzeichen (20 Aufsätze in Fachzeitschriften oder eine weitere Monographie).
3. Entscheidung für die Dissertation: Aus Mangel an beruflicher Perspektive auch außerhalb der Uni kehrt er oder sie zum Projekt einer Doktorarbeit zurück. Dieses Projekt ist mühsam. Man spürt: Die Uni war nicht die erste Präferenz. Das Thema ist nicht selten peripher. Allerdings ruft er oder sie nun einen mächtigen Verbündeten herbei: Den augenblicklichen Trend. Die innere Unschlüssigkeit geht einher mit einer verstärkten Orientierung nach außen, ablesbar sogar an der Turnschuhmarke, der Form des Brillengestells usw. Außensteuerung ist und bleibt prägend als verzweifelte Suche nach Anerkennung. Finanziert wird die Doktorarbeit nicht durch ein Stipendium, hier ist die Konkurrenz zu groß, sondern durch ein Graduiertenkolleg oder durch eine halbe Uni-Stelle.

4. Publikationen: Er oder sie beginnt ein munteres Publizieren, nicht in Fachzeitschriften, sondern in Sammelbänden, dem schönsten Privileg akademischer Vermassung. Echte Begutachtung unterbleibt. Nebenher bringt sich er oder sie eifrig in den Gremien ein, wohl auch aus dem Anspruch heraus, dort auszugleichen, was fachlich fehlt. Die heutige Uni gibt diesem Kalkül zumeist Recht. Orientierung am Trend² und Mitarbeit in den Gremien heißt: Die Laufbahn wird prozyklisch (wie BA-MA). Die klassische Forderung an ein Bildungswesen allerdings lautete, antizyklisch zu sein. Schnelles verlangsamen, Grenzen auflösen, allein weitergehen, wo andere stehen blieben.

5. Habilitation: Befragt man sie oder ihn nach dem Anliegen, vernimmt man den Wunsch, sich zu positionieren. Zerrissen ist nicht nur die Verknüpfung zwischen OEG und Slavistik, die es in der DDR ja noch gab, sondern auch die zwischen wissenschaftlicher Karriere, existentieller Berührung und öffentlichem Auftrag. Natürlich hat es sein Gutes, wenn man die Pflege der slavischen Lexik kein zweites Mal beginnt über die Schlüsselvokabel „Ruki verch!“ (Hände hoch). Natürlich hat es sein Gutes, wenn sich eine jüngere Generation derartige Traumata nicht erwerben musste – aber wo ist die Botschaft? Wo ist der springende Punkt? Im Grunde scheint schon die Habilitation mehr der Trägheit geschuldet als der Wachheit. Im Umfang unterscheidet sie sich nicht wesentlich von der Dissertation – anders als früher. Auch hier stellt sich die Tendenz zur Angleichung ein. Nicht selten geht es auch diesmal um ein abliegendes Thema, wo man Einspruch nicht befürchten muss. Vor allem aber muss das Opus Magnum schnell sein, weil Schnelligkeit gewinnt. Das System fördert die Falschen:³ Wer mit seiner Dissertation partout nicht zu Rande kam, der lehrt „Creative Writing“.

6. Berufungsausschuss: Hier entzündet sich die Diskussion, ob man einen offensichtlichen Trendliner aus dem Windkanal holen soll, an den Aufsätzen vorzugsweise für Sammelbände auf den ersten Blick für jedermann erkennbar, oder einen Soliden, wie es sie immer noch gibt. Wer zur ersten Gruppe zählt und wer zur zweiten, ist auch daran ablesbar, dass der erste nur auf wenigen

Feldern gearbeitet hat. Nicht allein BA-MA hat Vielfalt reduziert, sondern auch die Laufbahnmuster. In diesem Ausschuss stimmen die Mitglieder jetzt über sich selbst ab: Wollen sie einen Leichten oder einen Schweren? Zwangsläufig erscheint nun das unabweisbare Argument, um den Soliden auszuschalten: „Zu akademisch und daher nicht vermittelbar“.

7. Folgen: Ein Bildungssystem ist keine Diätwaage, die das Tun schon am nächsten Morgen sichtbar macht. Sehr gemütlich treten hier die Folgen erst in zehn oder zwanzig Jahren zutage. Werden Fächer gerupft, die in Blüte stehen? Wenn die Trendliner – zeitlich und thematisch sehr eng, aber eifrig in den Gremien – auch nur in jedem zweiten Fall durchkommen, was bedeutet das für ein kleines Fach? Was ist an Gesamtdarstellungen nach der Berufung also noch zu erwarten? An unbequemen Einsichten? Von jeher mit dem Trend zu laufen, heißt Sieg des Konformismus und schließt eine Entdeckung nahezu aus.

Alles in allem haben sich die akademischen Spielregeln von Grund auf verändert. Früher galt das schöne Motto, nicht alles, was man habe, gehöre ins Schaufenster. Heute lautet es: Auch das, was man nicht hat, schleunigst in die erste Reihe! Noch die kleinste Rezension erscheint auf der Homepage und spätestens mit 40 lockt der Wikipedia-Eintrag.

Einerseits begann BA-MA lange vor Bologna, zeigt andererseits aber wie ein Druckmesser die veränderte Situation der Uni. Durch den permanenten Sparzwang – aus Sicht des Steuerzahlers überfällig – entsteht in den Unis eine stabile Hierarchie zwischen großen und kleinen Fächern. Funktionäre wie Dekane usw. entstammen den großen Fächern und wollen die Stellenabgabe auf kleine abwälzen – meistens mit Erfolg. Voraussetzung dessen ist allerdings, dass sich auch bei den Dekanen ein Wandel vollzog. Noch vor 15 oder 20 Jahren wurden nicht selten diejenigen Dekan, die ein wissenschaftliches Projekt mit dem neuen Amt unterstützen wollten. Diese Zeit ist unwiderruflich vorbei. Vielmehr repräsentiert das Dekanat heute eine kalte Machtergreifung: Wer in Forschung und Lehre wenig Ambition hat, der strebt höheren Aufgaben zu. Durch Versagen qualifiziert! Erst das neue Amt liefert auch die

nötige Ausrede auf die Frage nach den fehlenden Büchern (de facto war der Schreibzwang aber schon lange vorher erloschen).

Für die reibungslose Durchsetzung von BA-MA sind diese Leute ein Schlüsselmoment: Sie bringen kaum Eigengewicht mit und können weder ihr Fach noch ihre Hochschule wirksam nach außen vertreten. Ergo werden auch sie zu Einfallstoren der Außensteuerung, also der akademischen Ökonomisierung, zur Umsetzung taktischer Ziele aus der Politik usw. Von hier aus bleibt nur ein kleiner Schritt zur Frage, sind die geistigen Grundlagen der deutschen Uni denn nicht längst erodiert? Was bitteschön sind denn Geisteswissenschaften, wenn nicht ein Kostüm aus dem Biedermeier?

Vermutlich hat der Übergang zum Bologna-Prozess für die deutschen Universitäten größere Bedeutung als in den Nachbarländern, weil Humboldt ihnen zumindest theoretisch eine besondere Rolle zuschrieb: Dasjenige, was Preußen nach der Niederlage gegen Napoleon materiell eingebüßt hatte, sollte die Berliner Universität ideell wettmachen. Diese klassische Kompensationsstrategie aber erschien nach 1945 nicht länger zeitgemäß. Was einstmals Ideen leisten mussten, wollte Brüssel durch Sozialstaat ersetzen.⁴

Dieser Sozialstaat funktioniert umso besser, je mehr Wachstum er erzeugt. Es erscheint daher als tiefere Notwendigkeit, wenn sich die EU 2000 in der Lissabon-Strategie zum Ziel setzte, Europa bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Region weltweit zu verwandeln. Bologna, Lissabon und der Übergang zum Euro wurzeln daher in einem Grund. Die Lissabon-Strategie ist jedoch gescheitert; die zukünftige Stabilität des Euro bleibt daher ebenso fraglich wie die von BA-MA. Eine Sanierung der Pinunse wird in Deutschland allerdings zu allen Zeiten weitaus mehr Befürworter finden als des Bildungssystems. Scharen aufrechter Ökonomen zogen vor Gericht gegen den Euro zu Felde, niemand aber gegen BA-MA. Insofern stehen die Zukunftsaussichten von BA-MA gar nicht so schlecht.

- 1 Mit diesem Vergleich ist selbstverständlich der FC St. Pauli gemeint.
- 2 Konformismus korreliert psychologisch mit Angst und sozioökonomisch mit Unsicherheit. Im Grunde ist dies der Boden, auf dem Ausländerhass gedeiht. Wenn der akademische Bereich aber kein präzises Abbild des Auslands mehr liefert, wozu existiert er dann? Hier ist einmal mehr der FC St. Pauli gefragt. Vgl. Th. Barfuss, *Konformität und bizarres Bewusstsein*. Hamburg 2002, S. 109. Offenbar ist der Konformismus schon so dominant, dass der Merkur dem Nonkonformismus 2011 ein Doppelheft widmete (09/10). Auch dazu kann man nur sagen: „Mehr Schwarm als Intelligenz“.
- 3 Ein Kapitel für sich wäre in diesem Zusammenhang altdeutsche Traditionspflege der ganz besonderen Art. Vgl. etwa F. Sieburg, *Die Lust am Untergang. Selbstgespräche auf Bundesebene*. Frankfurt/M. 2010, S. 50: „Die gesellschaftliche Stufung wird in Deutschland nicht etwa deshalb als unnatürlich empfunden, weil tatsächlich kein Unterschied in der Haltung besteht, sondern weil der Geist der Denunziation, der unsere soziale Stimmung beherrscht, die Absonderung einer gehobenen Minderheit nicht duldet.“ Eine sehr schöne Lesefrucht hierzu auch bei Béla Hamvas, *Korruption und Moral*, in: *Lettre International* 84, 2009, S. 65: „Die Wissenschaft ist genauso existentiell korrupt wie die Politik und die Religion.“
- 4 Wolfgang Streeck ist unerschrocken genug, der EU für die offensichtlichen Entpolitisierungstendenzen (auch im Bildungswesen) einen Absichtscharakter zu unterstellen, da die daraus entstehende „massenhafte Apathie“ den Eliten das Leben erleichtern könne. Vgl. ders., *Die Krisen des demokratischen Kapitalismus*, in: *Lettre International* 95, 2011, S. 13.

J O N A S W I E D N E R *

20 Jahre nach der Vertreibung des Paradieses

Moskau, im Januar 2012

Ein beliebiger Morgen im Winter 2012. Ankunft um 6.30 Uhr am Leningrader Bahnhof in Moskau. Kaum ist man aus dem Zug gestiegen, wird man von der russischen Winterkälte begrüßt, gefolgt von den lizenzlosen Taxifahrern, die trotz Verbot, aber unter Aufsicht der örtlichen Kräfte des Innenministeriums und des Sicherheitsdienstes der Russischen Eisenbahnen auf dem Bahnsteig um Kundschaft buhlen.

Wenn man die Bahnhofshalle betritt, erblickt man die Leninbüste, die dort immer noch unverbesserlich ausharrt. An der Stirnwand glänzen noch immer die stolzen Lettern, die verkünden, dass eben jener Wladimir Iljitsch Uljanow Lenin mit dem Zug aus Petrograd nach Moskau fuhr und an eben jenem Bahnhof ankam. Setzt man sich auf einen der wenigen freien Plätze auf den Sitzbänken in der Mitte der Halle, die in die andere Richtung zeigen, wird der Blick auf einen Bildschirm gelenkt, auf dem sich die Russischen Eisenbahnen als Zukunftsunternehmen präsentieren. In einem solchen Imagefilm darf in Russland natürlich Wladimir Wladimirowitsch Putin nicht fehlen, der die glorreiche Zukunft des Unternehmens bekräftigt und sich auf seine Fahne heftet.

Das ist nun also der erste Eindruck, den ein Reisender bei einem Besuch der russischen Hauptstadt 20 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion gewinnt. Eine Stadt auf dem Weg in die Zukunft mit großer Geschichte? Blickt man genauer hin, wird man feststellen, dass das Moskau des Jahres 2012 die Altlasten der Sowjetunion noch immer in sich trägt. Im Sommer 1991 entschied sich die Zukunft der Sowjetunion. Seit Michail Gorbatschow 1985 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der

* Jonas Wiedner, M.A., hat Politikwissenschaft, Slavistik und Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln studiert.

Sowjetunion (*KPdsU*) geworden war, hatten sich die Verhältnisse im Land und drumherum grundlegend verändert. Die Reformkräfte um den neuen Generalsekretär hatten eine Politik des Umbaus (*Perestrojka*) und der Öffnung (*Glasnost*) betrieben. Wohl nicht zufälligerweise sind diese politischen Schlagwörter denen sehr ähnlich, die in der Volksrepublik China die seit 1982 von Deng Xiaoping initiierte Reform- und Öffnungspolitik (*gǎigékāifàng*) bezeichnen. Seit der Oktoberrevolution von 1917 hatten die russischen Bolschewiki die Führungsrolle in der internationalen kommunistischen Bewegung inne. Spätestens in den Jahren unter Breschnew stagnierte die Entwicklung in der Sowjetunion, die Revolution versiegte. Weder gab es ernst zu nehmende innere Feinde, die das System gefährdeten, noch lieferte der Kalte Krieg eine Vorlage, die sich anbot, um die Macht zu festigen, wie es noch Stalin mit dem Großen Vaterländischen Krieg tat. Immer offensichtlicher wurde auch, dass die Chinesen erfolgreicher waren, ihren Weg des Kommunismus zu reformieren.

Die kommunistischen Vorstellungen, die unter anderem von Karl Marx formuliert wurden, sind nicht nur vor dem Hintergrund der europäischen – insbesondere der englischen und deutschen – Industrialisierung entstanden, sondern entstammen auch einer europäischen Vorstellungs- und Gedankenwelt, die sich historisch entwickelt hatte. Marx baut seine Argumentationen vielfach auf Hegel auf. Sein Werk ist ohne fundierte Kenntnisse von Hegels Werk, aber auch von anderen europäischen Philosophen wohl kaum zu verstehen. Auch muss die Welt in Betracht gezogen werden, in der Marx lebte. "Religion ist Opium fürs Volk" ist eines der bekannten Zitate. Hieraus wird deutlich, welchen Stellenwert Marx der Religion im allgemeinen und der Kirche im besonderen zumaß. Sie musste argumentativ bearbeitet werden. An die Stelle des christlichen Paradieses rückte der Kommunismus als Paradies der Arbeiter. Man stelle sich nun eine Welt vor, in der es keine Kenntnisse der Philosophie von Kant oder Hegel und keine religiöse Vorstellung von Transzendenz gibt. Dann befinden wir uns in der Welt des Volksschullehrers Mao Tse Tung, der Marx 1918 in chinesischer Übersetzung liest. Die zentralen Begriffe wurden zwar ins Chinesische übertragen, aber sind in ihrer Bedeutung kaum in voller Fülle zu verstehen. Die Einführung des Kommunismus unterscheidet sich also in China und Russland schon von Beginn an grundlegend.

Eine Reform einer nach Kommunismus strebenden Politik bis hin zu ihrer heutigen pervertierten Form, wie sie in der Volksrepublik China heute praktiziert wird, ist kaum mit einem europäischen Verständnis von Kommunismus in Einklang zu bringen, da das chinesische wissenschaftliche Verständnis immer noch auf den tradierten Vorstellung des Konfuzianismus basiert. Die Kommunistische Partei Chinas (*KPCh*) hat als Losung Wachstum ausgerufen. Große Einkommensunterschiede innerhalb der Bevölkerung sind dabei gemäß Parteiideologie absolut notwendig, um das Ziel des Kommunismus zu erreichen. Heute ist der Konsum in den chinesischen Großstädten kaum zu beherrschen, aber auch die Armut der Landbevölkerung und noch drastischer der Wanderarbeiterschaft nimmt stetig zu. Die gewaltsame Niederschlagung des Studentenaufstands auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking und in anderen Städten 1989 wirkte als Katalysator dieser Entwicklung.

In Moskau erscheint es dann auch, als ob der Konsum den Kommunismus abgelöst hätte. Hat hier also eine parallele Entwicklung wie in China stattgefunden und keiner hat es gemerkt? Oberflächlich betrachtet könnte man sicherlich die politische Lage am Anfang des Jahres 2012 in der Russischen Föderation und der Volksrepublik China für ähnlich halten, nicht zuletzt werden sie von Ökonomen häufig im Rahmen der BRIC-Staaten gemeinsam genannt. Die Parteien *Einiges Russland* und die *KPCh* sind jeweils praktisch die einzigen relevanten politischen Parteien in den beiden Ländern. Ihr Einfluss reicht von der großen politischen Bühne der Hauptstadt bis tief in die einzelnen Regionen der beiden großen Länder. Ihr Einfluss geht auch deutlich über die Politik hinaus und erstreckt sich auf weite Teile der Gesellschaft. Dennoch dienen sie einzig und alleine dem Ziel des Machterhalts. Die *KPCh* einer abstrakten Idee einer erodierten Ideologie, *Einiges Russland* noch deutlicher dem Machterhalt eines Mannes. Diese sehr einfache Betrachtung würde aber 20 Jahre russischer Geschichte einfach ignorieren.

Das Massaker vom Platz des Himmlischen Friedens hatte eine fatale Wirkung auf die weltweite Öffentlichkeit. Auch die kommunistischen Machthaber in Europa waren durch die Bilder, die westliche Korrespondenten, die eigentlich wegen eines Staatsbesuchs in Peking waren, in die Welt sandten, zumindest sensibilisiert. In

Osteuropa kam es im Laufe des Jahres 1989 zu Aufständen, nicht aber zu groß angelegten gewaltsamen Niederschlagungen. Infolge der Aufstände brachen in den nächsten Jahren die kommunistischen Regime in Osteuropa zusammen. Die Einflussosphäre der Hegemonialmacht Sowjetunion schmolz dahin und auch innerhalb des Vielvölkerstaates garte es an vielen Stellen. In den baltischen Sowjetrepubliken inkorporierten die Nationalbewegungen immer stärker Forderungen nach Freiheit und Demokratie. Im Laufe des Jahres 1991 wurde das Schicksal der damaligen militärischen Supermacht UdSSR besiegelt. Das letzte Aufbäumen der Vertreter der alten Mächte innerhalb der KPdSU im August 1991 führten zu einer Beschleunigung der Ereignisse und zur Entstehung der einzelnen Nachfolgestaaten. Die Idee des Paradieses eines Arbeiter- und Bauernstaates endete spätestens mit dem Rücktritt von Michail Gorbatschow.

An die Stelle der kommunistischen Ideologie trat schon sehr schnell der Konsum. Der Moskauer Bürgermeister ließ das historische Zentrum der Stadt grundlegend verändern. Als eine der ersten Baumaßnahmen entstand in direkter Nachbarschaft zum Rotem Platz und Kreml das Einkaufszentrum Ochotnij Rjad, zu deutsch Jägerreihe, benannt nach der gleichnamigen Straße. Menschen, die im sozialistischen System sozialisiert worden waren, wurden auf einmal den Versuchungen eines Turbokapitalismus ausgesetzt. Die Sammler der Sowjetzeit mutierten zu Jägern in der Jägerreihe. Für diese im Nachhinein „verlorene Generation“ spielte Geld im eigentlichen Sinne bis dahin keine Rolle. Geld hatte man, man konnte sich dafür aber nichts kaufen. Die trügerische Sicherheit des real existierenden Sozialismus hatte sich aber auch mit diesem abgeschafft. Nun musste jeder nach seinem eigenen Glück streben.

Im Winter 2012 ist das nun 20 Jahre her. Viele junge Russinnen und Russen haben die Sowjetunion nicht mehr selbst erlebt. Selbst die Rubelkrise der späten 1990er Jahre ist ihnen nur in kindlicher Erinnerung geblieben. Die Generation der Verlorenen sind deren Eltern. Diese haben das sichere Leben in der Sowjetunion verinnerlicht: Schule>Studium>Heirat/Wohnung>Arbeit. Arbeitslosigkeit war praktisch unbekannt. Ein Leben ohne soziale Absicherung kaum vorstellbar. Freiheit und Konsum waren allerdings eingeschränkt. Freiheit schaffte man sich im Kleinen,

so zum Beispiel auf der Datscha oder beim Fischen oder Pilzesammeln im Wald. Den Konsum zufriedenzustellen war etwas schwieriger. Über Beziehungen konnte man aber auch diesen stillen. Diese Beziehungen und die daraus resultierende "Dankbarkeit" sind bis heute die Grundlagen für das große Problem der Korruption in Russland.

Das Stichwort Konsum hat sich bis heute gehalten. Auch die einstigen Prachtkaufhäuser GUM (zu deutsch Staatliches Kaufhaus) und ZUM (zu deutsch Zentrales Kaufhaus) sind wieder zu alter Pracht entstanden. Heute finden sich dort Waren aller großen Marken und Designer, zu exorbitanten Preisen. Da drängt sich unweigerlich die Frage nach der betriebswirtschaftlichen Rendite solcher Geschäfte auf, wenn man bedenkt, dass der monatliche Durchschnittsverdienst unter 600€ liegt. Kunden gibt es trotzdem genug, Verkäuferinnen aber noch mehr. Es findet sich kaum ein Modegeschäft, in dem nicht mindestens vier Verkäuferinnen um die Kasse herumstehen und miteinander tratschen, bis sie durch das Eintreten eines potenziellen Kunden gestört werden und sich auf die ihnen zugewiesenen Positionen im Laden verteilen, dem Kunden aber dabei das Gefühl geben, sie bei einer ganz wichtigen Unterhaltung gestört zu haben. Zusammengefasst kann man wohl feststellen: In Moskau gibt es wenig Qualität zu hohen Preisen, angereichert mit ausgefallenem Kundenservice.

Auch für die Bevölkerungsgruppen der russischen Gesellschaft, die sich durch tägliche Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, hält das Konsumangebot einiges bereit. Für den Pendler gibt es im russischen eigentlich keinen Begriff, im Umfeld der russischen Hauptstadt sind solche Menschen aber ein täglicher Anblick. Die Elektritschkas genannten Nahverkehrszüge, die morgens aus dem umliegenden Moskauer Gebiet und darüber hinaus die Arbeiter in die Hauptstadt und abends wieder zurückbringen, dienen nicht nur dem langweiligen Zweck der Beförderung. Sie sind praktisch ein rollender Shoppingfernseher. Es beginnen die Obst- und Gemüseverkäufer, die unentwegt durch die Gänge rennen und versuchen ihre in handliche Portionen abgepackten Waren an den Pendler zu bringen. Daran schließen sich die Buch- und Zeitschriftenverkäufer an. Wer jetzt aber davon ausginge, dass hier primär Reiseliteratur dargeboten würde, der irrt gewaltig. Die Renner im

Angebot sind Geschenksets für Kinder mit Comic, DVD und Malbuch für 100 Rubel. Das sei dreimal günstiger als im Geschäft oder auf dem Markt, behauptet zumindest die Verkäuferin. Zur Auswahl stehen aber auch große, schwere Bücher zu historischen Themen und die allgegenwärtigen Schundromane. Jetzt wird es aber erst richtig spannend in der Elektritschka! Nach einem kurzen Intermezzo der Verkäufer von Kreuzworträtselheften (das Heft übrigens für 40 Rubel inklusive Kugelschreiber), die auch danach in regelmäßigen Abständen immer wieder für etwas Abwechslung im Angebot sorgen werden, schlägt die große Stunde der wahren Verkäufer. Jetzt kommen diejenigen, die sehr viel Überzeugungskraft brauchen. Der Zug nähert sich unweigerlich der russischen Hauptstadt, die ersten Hochhäuser der Vorstädte sind schon erkennbar. Im Angebot der Verkäufer steht Plastikspielzeug, das die Redaktion der Yps-Hefte wahrscheinlich nicht mal in die Hände nehmen würde. Neben den bekannten Spinnenmännern, die an Fassaden oder Abteilwänden haften, gibt es Ballons, die mit einem lauten unanständigen Geräusch entlang der Wagendecke rauschen. Das ist noch lange nicht das Ende des Angebotes, das mit Hilfe blumiger Wörter feilgeboten wird. Dies sind aber fast die einzigen Artikel, die sich aufgrund einer Zweckbestimmung erklären lassen. Beim Rest ist es fraglich, ob Verkäufer oder Käufer einen solchen sehen. Es muss eine schwere Arbeit sein, Menschen etwas zu verkaufen, dass eigentlich niemand braucht und das ganze auch noch zu einem hohen Preis. Aber in Moskau im Winter 2012 erscheint alles möglich und tatsächlich fast jeder Verkäufer findet Kunden im Wagen.

Und doch gibt es eine Menge Leute, die weiterhin nach Halt in der Welt des Konsums suchen. Noch immer steht an der Kremllmauer am Roten Platz, gegenüber des GUM, das Lenin-Mausoleum. Wie schon seit Jahrzehnten trotz dieser Bau den den Gewalten der Natur. Der kalte Wind, der von der Moskwa herauf weht, kann diesem Relikt aus alter Zeit nichts anhaben. Nur eines hat sich geändert. Die Schlangen zum Eingang sind sehr kurz, man muss nicht mehr in der Kälte ausharren. Nicht einmal Eintritt verlangt der russische Staat für die Besichtigung, das wäre dann wohl selbst den Russen zu pietätlos. Aber man hat einen Weg gefunden, um von den Besuchern doch noch Geld zu bekommen. Es dürfen keinerlei Taschen oder Fotoapparate mitgenommen werden. Es gibt aber direkt am Eingang eine Aufbewahrung für 40 Rubel (etwa 1€). Nun ist es aber so, dass fast alle neuen Handys

ebenfalls eine Kamerafunktion besitzen, sodass auch diese abgegeben werden müssen. Somit dürfte es nur einen verschwindend geringen Teil von Besuchern geben, die die Dienste der Aufbewahrung nicht in Anspruch nehmen müssen. Die fehlende Schlange am Eingang bildet sich dann aber auch sehr schnell bei der Abgabe.

Hat man sich nun all seiner Sachen erledigt, wird man von Polizisten durch einen Metalldetektor geschickt. Die Miliz wurde erst im Frühjahr letzten Jahres in Polizei umbenannt. Geändert hat sich aber ansonsten nichts. Betritt man das Mausoleum, bekommt man als Deutscher einen Schock. Neben den Soldaten, die den Leichnam bewachen, trifft man auf Ordner, die in ziviler Kleidung auftreten und am linken Arm eine rote Armbinde mit schwarzer und weißer Aufschrift "Ordner" tragen. Der grausige Eindruck wird noch durch die markant gescheitelte Frisur der Ordner unterstützt. Ordnung ist in Russland scheinbar wichtig. Moskau hat in den vergangenen Jahren einige Terroranschläge erlebt. Nach den Anschlägen auf den südlich von Moskau gelegenen größten russischen Flughafen Domodedowo wurden neue Sicherheitsbestimmungen für Flughäfen und Bahnhöfe im ganzen Land getroffen. Das Betreten eben dieser ist jetzt nur noch durch Metalldetektoren möglich und nur noch für einen Personenkreis mit berechtigtem Interesse, also Passagiere, Abholer oder Mitarbeiter. In der Realität hat man zwar Metalldetektoren an den Eingängen platziert, die auch unentwegt piepsen, da fast jeder Reisende Metall mit sich trägt. Die Reaktion der Polizisten ist aber gleich null. Das scheint effektive Abschreckung zu sein.

Nur beim Vorzeigeobjekt des neuen Hochgeschwindigkeitszuges Sapsan muss man durch eine Sicherheitskontrolle wie am Flughafen. Hier wird richtig kontrolliert. Der Sapsan (zu deutsch Wanderfalke) ist ein Prestigeprojekt der Russischen Eisenbahnen, der Moskau mit St. Petersburg und Nischnij Nowgorod verbindet. Lange hat man in Russland versucht, einen eigenen Hochgeschwindigkeitszug unter dem Namen Sokol (zu deutsch Falke) auf die Schienen zu stellen, um mit dem französischen TGV, dem deutschen ICE oder dem japanischen Schinkansen gleichziehen zu können. Geklappt hat das nicht. Erst durch den Kauf einer überarbeiteten Version der neuesten ICE-Generation bei Siemens kann man

Hochgeschwindigkeitsverkehr auf russischen Schienen anbieten. Leider sind nur die Schienen dafür von der Kapazität her nicht ausgelegt, sodass viele Pendlerzüge in den Morgenstunden ersatzlos gestrichen werden mussten. Den Pendlern wird jetzt aber nicht nur das oben beschriebene Shopping-Erlebnis vorenthalten, sondern ihre gesamte Existenz aufs Spiel gestellt, weil sie nicht mehr rechtzeitig zur Arbeit kommen. Die größte Gefahr für den Sapsan droht also nicht von den Insassen oder kaukasischen Terroristen, sondern von den wütenden Anwohnern entlang der Strecke. So hat es in der Vergangenheit schon mehrfach Steinwürfe gegen die neuen Züge gegeben.

Dies ist ein Ausdruck von Protest, der noch vor wenigen Monaten vollkommen undenkbar schien in einem vom Tandem Medwedew/Putin beherrschten Russland. Seit diese beiden aber auf dem Parteitag von *Einiges Russland* einen einfachen Wechsel der Ämter bekannt gegeben haben, ist unerwartet eine Protestbewegung entstanden. Großdemonstrationen nach den umstrittenen Parlamentswahlen in Moskau machten weltweit Schlagzeilen. So viele protestierende Menschen hatte es seit 20 Jahren nicht mehr gegeben. Jetzt warten alle auf das, was nach den Präsidentschaftswahlen passieren wird. Auch das ist Moskau im Winter 2012. Eine Stadt in spannender Erwartung. In der Genesis wurden die Menschen aus dem Paradies vertrieben, weil sie sich schlecht benommen haben. In Russland wurde von den Menschen das Paradies vertrieben, weil es sich schlecht benommen hatte. Die Alternativen zum Paradies erscheinen aber auch nicht besonders erstrebenswert. Fehlt der Glaube oder die Ideologie, so treten an deren Stelle Ersatzgötzen. Für den großen Teil der russischen und Moskauer Bevölkerung erscheint Konsum wie eine Flucht aus dem tristen Alltag. Die großen Warenhäuser an den großen Ausfallstraßen sind genauso überlaufen wie die Edelboutiquen in den Innenstädten. Der Rubel, so scheint es, taugt nicht als Wertanlage, Tand jeglicher Art hingegen schon. Und das vor dem aktuellen Hintergrund der Eurokrise. Massenhafte Plastikware aus Fernost kann von Ratingagenturen nicht mehr herabgestuft werden, da der Wert der Dinge schon kurz nach Kauf gen Null tendiert. Erstaunlich aber ist, dass alte Götzen wieder zum Leben erweckt werden. Erst im letzten Sommer wurde ein neues Bauprogramm für 100 russisch-orthodoxe Kirchen im Moskauer Stadtgebiet bekanntgegeben. Lokalpolitiker brüsteten sich mit der modernen, standardisierten Leichtbauweise

dieser Gotteshäuser.

Moskau im Winter 2012 ist eine Stadt auf der Suche nach dem richtigen Weg. Russen waren und sind immer noch stolz darauf, dass sie ihren eigenen Weg gehen. Dabei ignorieren sie aber häufig, dass dieser Weg nicht so besonders ist, wie sie vielleicht vermuten.

*Brücken in die Gegenwart**

Das vorliegende Buch entstand anlässlich der Ringvorlesung „Der westliche Balkan zwischen Marginalisierung und EU-Integration. Historische, kulturelle und politische Perspektiven“, die an der Humboldt-Universität zu Berlin stattfand. Es wird trotz seines Umfangs von nur 160 Seiten dem Titel gerecht.

Obwohl die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien nach den türkischen Mitbürgern die zweitgrößte Migrantengruppe in Deutschland stellen, findet ihre ursprüngliche Heimat im öffentlichen Interesse kaum Beachtung. Ungeachtet der teils immer noch instabilen Lage in Südosteuropa scheint die Region auch in der akademischen Forschung und Lehre unterrepräsentiert zu sein – wenngleich mit Kroatien die nächste EU-Erweiterung auf dem Westbalkan, einem mittlerweile gebräuchlichen *Terminus technicus*, erfolgt.

Noch immer ist das Image der Region, Kroatien stellt als „Urlaubsparadies“ eine Ausnahme dar, mit ethnischen Auseinandersetzungen und Zurückgebliebenheit behaftet. Dass es sich dennoch um einen Bestandteil Europas handelt, bestätigt Wolfgang Höpken in seinem Aufsatz, der die zweifellos enormen Migrationsströme, die sich auf dem Balkan ereigneten, als Teil des „Flüchtlinge generierenden Jahrhunderts“ (S. 93) in Europa sieht. Er geht dabei auch auf die enge Beziehung zwischen Migration und Identität, die für den Nationsbildungsprozess von außerordentlicher Bedeutung ist, ein.

Die Anordnung der Beiträge ergibt einen logischen Aufbau des Buches. Nachdem sich Hannes Grandits dem Begriff *Westbalkan* widmet und einen kurzen Überblick über die Region gibt, geht Edgar Hoesch in seinem Aufsatz auf die Rolle der Großmächte in Südosteuropa bis 1914 ein. Ohne die Betrachtung der historischen Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wäre die augenblickliche Situation auf dem Westbalkan kaum nachzuvollziehen.

* Eine Besprechung von Marko Dubak, Köln.

Mit dem Beitrag von Holm Sundhaussen über die Erinnerung (Ex-)Jugoslawiens an den Zweiten Weltkrieg wird eine Brücke in die Gegenwart geschlagen. Die unterschiedliche Wahrnehmung der Ereignisse von 1941-1945 spielt schließlich in den 1990er Jahren eine zentrale Rolle und stellt noch heute eine Kontroverse dar. Während die sozialistische Erinnerungskultur von einem Krieg der Widerstandskämpfer, denen sich alle jugoslawischen Nationen und Nationalitäten gemäß ihrem Bevölkerungsanteil angeschlossen hätten, ausging, bewerten die nationalen Erinnerungskulturen den Kampf als nationalen Bürgerkrieg.

Günter Schödl ermöglicht durch seinen Beitrag, in dem er die europäische Politik zwischen Berliner Kongress und Zweitem Weltkrieg darlegt, einen Vergleich zur Politik Europas der letzten Jahrzehnte gegenüber dem Westbalkan. Zu Zeiten des Hochimperialismus betrachteten die Großmächte den Balkan stets als Randbereich des Kontinents; die gegenwärtige Situation, dass der Westbalkan einen schwarzen Fleck innerhalb der Europäischen Union darstellt, könnte diese Betrachtungsweise leider noch heute bestätigen.

Mit seinem Aufsatz geht Christian Voss auf die Rolle der Sprache ein. Schon die unterschiedliche Sprachgeschichte zwischen *Slavia latina* und *Slavia orthodoxa* erzeugt eine imaginäre Grenzlinie. Einem Teil des Balkans wird somit die Zugehörigkeit zu Europa und den westeuropäischen Werten strittig gemacht. Die Übernahme des Modells eines Sprachnationalismus von Westeuropa durch den Westbalkan drückt der Region jedoch wieder einen europäischen Stempel auf. Die Kontroverse um eine montenegrinische Sprache zeigt die Aktualität des Sprachnationalismus, der aus dem Serbokroatischen bzw. Kroatoserbischen gleich vier „Nachfolgesprachen“ produzierte: Bosnisch, Kroatisch, Montenegrinisch und Serbisch.

Natascha Wunsch und Cornelius Adebahr gehen mit dem Konfliktmanagement der internationalen Gemeinschaft ins Gericht und geben mit ihrem Beitrag einen schönen Abschluss des Buches. Rückblickend können die „schlecht koordinierte Anerkennungspolitik“ und die mangelnde Absprache der Europäischen Gemeinschaft (S. 153) kritisiert werden. Die Überforderung führte aber

1999 schließlich mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Gemeinschaft. Und trotz aller berechtigten Kritik darf nicht vergessen werden: *Wie man's macht, macht man's verkehrt*. Noch heute ist die Problematik der Politik bei jedem Konflikt von Neuem sichtbar. Während die einen sich für ein sofortiges militärisches Eingreifen einsetzen, fordern die anderen alternative Methoden, um einen Konflikt, wie beispielsweise in Libyen, Syrien oder anderen Staaten, zu beenden.

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa stellt mit seiner europäischen Perspektive eines der wichtigsten Instrumente – die Anfang der 1990er Jahre jedoch noch nicht zur Verfügung standen – dar, um den Transformationsprozess und die Stabilisierung des Westbalkans fortzuführen. Ein insgesamt gelungenes Buch, das einen allgemeinen Überblick über den Spagat der Region zwischen „Marginalisierung und EU-Integration“ gibt. Für alle Leser, die sich einen tieferen Einblick in die Thematik wünschen, bieten die einzelnen Beiträge umfangreiche Literaturangaben.

Julia Kowalski und Tobias Schneider (Hrsg.), Der Westliche Balkan zwischen Marginalisierung und EU-Integration. Historische, kulturelle und politische Perspektiven, 158 S., erschienen bei Peter Lang, Frankfurt am Main, 2011, 34,80€.

Erinnern als ganz eigener Raum

*Das Banat aus deutscher und serbischer Perspektive**

Historische Regionen taugen nach wie vor noch als literarische Räume. So erschienen bei Matthes & Seitz in Berlin zwei Titel, die sich auf das Banat – eine multiethnische Grenzregion, so groß wie Belgien, zwischen dem heutigen Rumänien, Serbien und Ungarn – beziehen: Esther Kinsky legt mit „Banatsko“ einen Roman und Dragan Aleksić mit „Vorvorgestern. Geschichten, die vom Glück handeln“ ebensolche vor. Zwei Autoren ganz unterschiedlicher Herkunft mit einem zentralen Sujet: dem Erinnern; allerdings in zwei unterschiedlichen Konzepten literarischer Verarbeitung. Auf Seiten von Kinsky das selbst Erlebte, quasi die nachvollzogene Wieder-Erinnerung, auf Seiten von Aleksić meistens die nicht selbst erlebte, tradierte Erinnerung.

Dementsprechend eröffnen beide Autoren auch das literarische Spiel. Kinsky lässt den Leser immer wieder um den Mittelpunkt, das kleine Dorf Battonya, kreisen und nimmt ihn in kurzen Ausschnitten mit auf eine Reise durch das facettenreiche Banat, wohl in der Absicht, dessen mosaikartigen Charakter nicht durch eine stringente Handlung zu gefährden. Aleksić hingegen kann wohl 1994 – als „Vorvorgestern“ in Belgrad auf Serbisch erscheint – gar nicht anders, als die Erinnerung in Sequenzen zu schildern. Intendierte Leerstellen (Kinsky) treffen generationelles Gedächtnis (Aleksić). Beide verbindet jedoch gerade hierin das zentrale Element des Alltäglichen und scheinbar Unpolitischen, im gewissermaßen kulturellen, regional-kollektiven Gedächtnis.

So bringt Esther Kinsky in 58 Kapiteln – 16 davon handeln von Battonya – auf insgesamt 243 Seiten „langsame, bewegliche Figuren auf einem großen Panorama“ (S. 8) zusammen. Autobiographisch geprägt, stellt die Ich-Erzählerin früh dem Banat – als Motiv der Herkunft und der neuen Wahlheimat – England als (persönlich vergangenes) Negativ gegenüber. Für die neue Heimat steht im gesamten Roman

* Eine Besprechung von Benjamin Naujoks, Köln.

stellvertretend der Akkordeonspieler Pate: als stoischer und weiser Beobachter: „Das, dachte der Akkordeonspieler, wie er an seinem Fenster saß und in die Stille der Ebene lauschte, das ist das wahre Leben.“ (S. 31) Die Gegenwart im Banat ist still. So legt Kinsky es auch einem literarischen Statisten in den Mund: „Der Zirkus ist tot“ (S. 48). Das Spielerische scheint längst verloren oder eben: in der Erinnerung konserviert zu sein.

Die Suche nach den jüdischen Wurzeln der Ich-Erzählerin schließt sich hier an, alles ist verlassen und scheint vergessen. Und vor allem: getrennt. Getrennt durch Grenzen, welche eigentlich gar nicht (mehr) existent sind. Battonya, ein Grenzdorf auf ungarischer Seite, wirkt wie ein Spiegelbild der Region. „Ein paar Schritte weiter ragte ein Schild aus dem Riedgras: Grenze. Hier war nichts. Niemand lag zwischen Schilf und Gras und wachte über die Wahrung von Hüben und Drüben. Niemand kam, niemand ging, hier war das leere Land.“ (S. 51) Das Grenzmotiv zeigt aber auch die Entbehrung, die gewollte Abtrennung der Erinnerung. Im darauffolgenden Kapitel „Das frühere Land“ (S. 52f.) heißt es: „Das frühere Land war klein geworden. Es lag im Licht des Andenkens, eine Insel in der Ferne.“ (S. 52)

So strömt in Kinkys Roman stets eine gehörige Portion Melancholie mit: „Ich spürte, wie die Grenzen am Herzen schliffen und feilten. [...] Und doch war hier alles umflossen von der Traurigkeit des Getrenntseins.“ (S. 53) Die Grenze bleibt insofern ein verbindendes Element, als dass Kinsky diese von allen Seiten des Banats beleuchtet, so in den Kapiteln „Határ“ (S. 60ff.), „Frontiera“ (S. 169ff.) und „Granica“ (S. 180ff.).

Die Gegenwart im Banat ist bei Kinsky langsam, das Warten gehört fest zum Leben wie auch die Langsamkeit zum literarischen Bild, nicht nur im Kapitel „Warten“ (S. 68f.): „Der Horizont lädt ein zum steten Absuchen der Ferne in Erwartung einer unbekanntenen Veränderung.“ (S. 68) Zeitliche Unschärfe infolge des Abarbeitens der historischen Last. „Abend war eine ungewisse Tageszeit. [...] Abend hieß: nach der Arbeit, in einem Leben von Ziegel zu Ziegel, von Hammer zu Säge und Schaufel zu Hacke, einem Leben der kleinen Messbarkeiten.“ (S. 209) Wie mit dem Abend greift Kinsky immer wieder auf ausdrucksstarke und gleichsam lyrische Bilder

der Synästhesie zurück. Bäume, Farben, Landschaften, das sind Kinskys Bilder des Banats. „Alles lag in den ersten Lindenduft gehüllt, darin segeln die Banater Städtchen wie in einem Ozean, der sie von einem lindenlosen Festland schwemmt.“ (S. 196)

Wo das Banat beginnt und wo es endet, dass verschweigt Kinsky dem unkundigen, aber interessierten Leser indes. Sie spekuliert auf die Wirkung ihrer Bilder und auf deren Vorstellungskraft. Ihre Grenze ist allein der Himmel: „Das sind die Banater Dörfer [...]. Am Ende ist immer der Himmel.“ (S. 185) Bezeichnenderweise lässt die Autorin ihren Roman mit dem vielsagenden Kapitel „Die Liebe“ (S. 238ff.) ausklingen – dem mit Abstand besten Kapitel.

Die Frage nach dem Ende beschäftigt auch Aleksić. So konstatiert er in der letzten („Der Anfang von Norden“, S. 104f.) der insgesamt 65 Kurzgeschichten kryptisch-chiffriert: „Das ist die Nordseite. Als hätte ich damals wissen können, was der Norden ist.“ (S. 104f.) Dieses Ende entlässt den Leser mit dem verwunderten Eindruck, es trotz des kurzweiligen Charakters der meisten Geschichten eben doch nicht mit einer naiven Erzählungen aus Kindertagen zu tun zu haben. Womit der Leser es allerdings exakt zu tun hat, bleibt ebenso offen wie die Frage, welcher Norden gemeint ist.

Denn Aleksićs Geschichten handeln tatsächlich vom Glück. So hat es zumindest den Anschein. Szenen mit typischen Themen wie in den ersten Geschichten „Die Nachbarschaft“ (S. 5), „Zigeunerstraße“ (S. 12) und Kinderwelten in „Die Bilderbücher“ (S. 16) führen den Leser ein in kleine, vergangene Miniaturen alltäglicher Begebenheiten. Hinzu gesellen sich Lehren aus jenen vergangenen Tagen: „Zigeuner sind für Dich wie Brüder“ (S. 23f.) und dörfliche Liebschaften wie in „Der Bäcker“ (S. 33). Spätestens hier begegnet dem Leser allerdings auch die mitschwingende Tragik der Geschichten, begeht der Protagonist – Onkel Franja, der Bäcker – doch Selbstmord infolge des Betrugs durch seine Frau. Die nachfolgende Geschichte „Der Blitz“ (S. 34) zeigt hingegen – wie eine Antithese – ein anderes Drama: dörflichen Alkoholismus, versteckt hinter einem (symbolischen) Blitzschlag.

Sprachstil, Motive und Unterton verdichten sich in der vielleicht typischsten Geschichte namens „Die Kinder flogen im Mondschein“ (S. 36), wo es heißt: „Eines Nachts flogen alle Kinder aus der Nachbarschaft [...] über unsere Häuser. Ich hatte keine Flügel, ich sah ihnen von unten zu [...]. Alle waren sie da oben [...]. Nur ich war auf der Erde. Ich rannte barfuß durch die laue Nacht. Ich war nicht böse, weil sie alle flogen und ich nicht. Ich rannte nur.“ (S. 36) Diese Geschichte taugt als Zusammenfassung nicht nur wegen der Dichte, sondern besonders wegen des Verweises auf den Autor selbst. Legt Aleksić, geboren 1958 in Bela Crkva im Banat, zum einen den Ich-Erzähler doch augenscheinlich autobiographisch an. Zum anderen erscheint „Vorvorgestern“, wie erwähnt, erstmals 1994 in Belgrad auf Serbisch – zu Zeiten des Krieges.

So sind die Geschichten geprägt von einer Suche nach einem verlorenen Gefühl von Heimat. „Die Fahrt auf der Nera-Allee“ (S. 73f.) steht hierfür sinnbildlich, dort heißt es ironisch: „Vater zeigte über den Fluss zu den blauen Bergen. - Dort ist Rumänien. Dieser Fluss heißt Nera, er ist die Grenze zwischen unserem Land und Rumänien. Unser Land heißt Jugoslawien. Meine Schwester sagte: - Ich dachte, unser Land heißt Bela Crkva.“ (S. 74)

Die Realität erhält zu rasch und zu früh Einzug ins Kinderleben: Zukunftsträume, das Leben mit der Natur, die Ausrichtung an den Jahreszeiten werden abrupt abgelöst durch klare Kontraste, Widersprüchlichkeiten und Rauheiten. Außenseitertum wie in „Tarzan“ (S. 48f.) bestimmt nun das Bild. Der Traum von der Zukunft weicht der Reise, dem Fernweh, der Hoffnung in der Fremde, herrscht doch Krankheit, Leid und Unheil vor. Selbstmorde kehren als Motiv wieder, mit aufbrechenden Abgründen treten aber auch neue Absurditäten hervor, wie in „Die Tunte“ (S. 96). Das Idyll der sommerlichen Unbeschwertheit wird endgültig in „Das Ende des Sommers“ (S. 100) besiegelt, wo es heißt: „Der Sommer war vorbei, ich wusste, sie werden mich nicht mehr barfuß laufen lassen.“ (S. 100)

Gerade wegen dieser Tragik zum Ende und dem Verschwimmen der kindlichen Erinnerungen hin zu Chiffren, wird der Leser die charmanten Pointen – wie in „Der weisse Bora“ (S. 50f.) – mehr als zu schätzen wissen. Die deutsche

Übersetzung, besorgt von Mirjana und Klaus Wittmann, ist solide und vermittelt gerade bei den auf die Synästhesie abzielenden Passagen ein starkes Bild.

Lebt das Banat also vor allem im Erinnerten? Beide Ansätze bejahen dies und sind doch in ihrer Grundhaltung komplett konträr: das Glücklich-Sein des „Vorvorgestern“ impliziert die Resignation von heute, während die reminiscente Melancholie des „Banatsko“ von heute den fruchtbaren Boden für eine Reise ins Morgen darstellt. Dennoch wird der Leser wohl eher die sehr kurzen, kleinen Geschichten Aleksićs mit einem Lächeln genießen können als die, in sich verwobenen, teils distanziert und allzu vorsichtig beschriebenen melancholischen Bilder Kinskys. Zwar bereist der Leser bei Kinsky das Banat viel weiträumiger und erlebt die Vielfältigkeit und die damit einhergehenden Reibungspunkte aus größerer Perspektive, jedoch hinterlässt gerade die vermeintlich einfache Sprache und der engere Raum bei Aleksić einen stärkeren und bleibenden Eindruck.

Esther Kinsky, Banatsko, 246 S., erschienen bei Matthes und Seitz, Berlin, 2011, 19,90€.

Dragan Aleksić, Vorvorgestern. Geschichten, die vom Glück handeln, 105 S., aus dem Serbischen von Mirjana und Klaus Wittmann, erschienen bei Matthes und Seitz, Berlin, 2011, 14,90€.

*Entwürfe von Freiheit**

„Wegen Überfüllung geschlossen!“ – über die Beletage der Slavistik lässt sich das nicht gerade sagen, denn schließlich war die Sowjetunion sehr erfolgreich darin, den Geisteswissenschaften allen Geist auszublasen... und das hinterlässt seine Spuren. Umso schöner thront dort oben in der Beletage Svetlana Boym, die als Reiseführerin (in Leningrad) begann und 1981 in die USA auswanderte. Ihr Buch zur Geschichte der Kommunalwohnung von 1994 war ein echter Meilenstein, weil es nun um Kultur und Alltag ging. Sogar bei Slavisten! Den Fußkranken der Völkerwanderung! Wie J. v. Günther oder F. Ph. Ingold im deutschsprachigen Raum anno dazumal sieht sich auch Boym als Komparatistin, ja dichtet mittlerweile selbst. Na also, es geht doch! Mit „Off-modern“ hat sie ein Manifest ersonnen, um den Irrwegen der Moderne nachzuspüren („The Soviet Toilet and the Palaces of Utopia“). Hier allerdings zeigt sich schnell, dass sie im Assoziieren besser ist als im Analysieren. Immer radikal, niemals konsequent, so geht es halt zu in der Beletage.

Ihr neues Buch zur Freiheitsidee lässt sich deshalb nur mühsam innerhalb steriler Wissenschaft ansiedeln. Die Bedeutung ihrer Studie liegt daher nicht in den Vergleichen von Puškin und Tocqueville oder Isaiah Berlin und Anna Achmatova, die wenig Neues bringen (außer gutem Feuilleton). Wesentlich interessanter sind die Passagen zur Integration von Text und Kunst, etwa die schöne Montage von Kosolapov zu Lenin und Coca Cola („It's the real thing“). Das Signalrot der Coca Cola-Reklame deutet Boym wie Kosolapov blasphemisch („This is my blood“). 1982 wurde derlei noch verboten, aber heute schert sich kein Deubel darum. Ohne Zweifel steckt hier ein Zuwachs an Freiheit, und Boym weist einmal mehr darauf hin, wie grenzenlos innovationsfähig moderne Slavistik eigentlich sein könnte. Wirklich interpretieren aber kann sie den beschriebenen Wandel nicht.

* Eine Besprechung von Christoph Schmidt, Köln.

Ein Jahr später brachte der Frankfurter Philosoph Axel Honneth zum gleichen Thema ein Buch heraus. In seinem Fach hängt die Messlatte jedoch wesentlich höher, und, um das Ergebnis vorwegzunehmen, ich habe nicht den Eindruck, dass man aus diesem Buch viel lernen kann. Oder ist diese Erwartung überzogen? Wie Huibuh, das Schlossgespenst, heult und wimmert Honneth im Nachtfrost auf der Hintertreppe, kommt aber einfach nicht rein! Er unterscheidet zwischen negativer, reflexiver und sozialer Freiheit, windet sich mühsam durch Konsum, Ehe und Familie und listet schließlich die Bedingungen der sozialen Freiheit auf: 1. Rechtsgarantien, 2. Kommunikationsraum, 3. Massenmedien, 4. Meinungspräsentation, 5. öffentliches Engagement. Die Liste wirkt ebenso naiv wie banal. Rechtsgarantien sind nahezu sinnlos, wenn man sein Recht nicht durchsetzen kann, und Gerechtigkeit ist nur ein Ziel, mehr nicht. Diesem Ziel kommt man näher oder weiter, zu erreichen ist es nie. Verspricht das Recht Unerreichbares, betreibt es die eigene Aushöhlung. Honneth ist aber nicht nur in Rechtstheorie unterbelichtet, sondern auch in politischer Ökonomie. Der Rückzug des Sozialstaats infolge der Schuldenkrise wird die Grenze zwischen objektiv-sozialer und subjektiv-individueller Freiheit weiter verschieben, so dass Honneth im Grunde schneller veraltet als die Sonntagsumfrage.

Mit Wehmut kommt dem Leser da ein Klassiker der Freiheitsliteratur in den Sinn: Good old Hayek himself. Liesse man Honneth gegen Hayek um die Wette rudern, würde Honneths Kahn nach 50 Metern absaufen. In der Zwischenzeit verdient Hayek sein Geld mit Interviews! Ganz cool und präzise unterscheidet er zwischen Freiheit in England und Frankreich: Die erste sei empirisch, doch unsystematisch, die zweite rational, aber spekulativ. Wie sehr er den Kern zweier Kulturen hiermit getroffen hat, dafür gibt es unendliche Anschauungen, etwa den Unterschied zwischen dem englischen und dem französischen Garten oder dem Stadtplan von London und Paris. Obwohl die USA aus englischem Geist entsprungen waren, mussten sie, um gegen England aufzubegehren, das französische Beispiel kopieren: „Zum erstenmal in der modernen Geschichte konstruierte ein Volk bewusst die Regierungsart, unter der es leben wollte“ (S. 232).

Im Grunde ist Hayek auch kritischer als Honneth, da er Wohlfahrt und Freiheit sehr weitsichtig nicht per se als Verbündete betrachtet und sogar eine Aushöhlung des Rechts für möglich hält. Dabei sah er sehr wohl einen Konflikt zwischen Naturrecht und Gesetz, wie ihn die Diktaturen des 20. Jahrhunderts ja auch demonstriert haben, aber noch keinen Rückzug des Staates. Das Buch wirkt auch deshalb so frisch, weil es keinen aktuellen Akademismus als Pflicht zur Wichtigtuerei betreibt, sondern sich Zeit lässt, auf grundlegende Fragen zu kommen. Sehr wohltuend etwa die Passagen zur Irrtumsgeneigtheit des Menschen, so dass man von Dogmen aller Art, Einengung und Reglementierung besser Abstand nehmen sollte, denn sie haben nur eines zur Folge: Persönliche Initiative stirbt ab (S. 3).

Hallo? Geht's noch? Von welcher Zeit ist die Rede? Das Buch ist in den fünfziger Jahren entstanden! „Es war eine Zeit, da die Intellektuellen des Westens vielfach den Glauben an die Freiheit verloren hatten...“ (S. 2). Nun wird's langsam spannend, denn auch Bologna hat sich an Wachstum verkauft, nicht an Freiheit. Wer Module sät, wird Apathie ernten... auf allen Seiten... und dieses Problem ist politisch. War das bezweckt oder nicht? Da sich die EU vor Wählern ja abschirmt - undenkbar wäre es nicht. Der große Wandel im Bildungswesen zeigt sich gerade hier deutlich: Hegel sah Bildung als Auftakt beim langen Weg zur Freiheit, heute aber beleuchtet der Bildungssektor nur noch die Sackgasse.

Wie gut, dass wir unsere Russen haben! Auf die war noch immer Verlass! Noch jeder Theorie oder Erwartung haben sie den Vogel gezeigt, und auch dem Moskauer Historiker und Bürgerrechtler Juri Afanassjew ergeht es nicht besser. Er bringt die Putin-Zeit auf die Formel: „Entwürfe von Freiheit und Menschenrechten wurden im menschlichen Denken erneut marginalisiert“ (S. 34). Kaum gesagt, schon beklagt, denn nach den Fälschungen bei der Dumawahl brachen 2011 erstmals seit Jahrzehnten Abertausende von Demonstranten auf, um Putin mittels Blogg zu stürzen. Auch Axel Honneth wird diesen Kampf mit Interesse verfolgen, denn er wiederholt in seinem Buch die These, das Internet sei ein Grund mehr für den Niedergang der Zivilgesellschaft (S. 565). Oder ist es vielleicht so, dass mit der Summe aus Modem und Modul irgendwann eine Antithese aufbricht?

Literatur

- Juri Afanassjew, *Das Ende Russlands*, in: *Lettre International* 84, 2009, S. 26-34.
- Svetlana Boym, *Another Freedom. The Alternative History of an Idea*, Chicago, 2010.
- Friedrich A. von Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen, 1971.
- Axel Honneth, *Das Recht auf Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Frankfurt am Main, 2011.
- Richard Pipes, *Property and Freedom*, London, 2000 (vor allem zur Vorgeschichte der Revolutionen in England und Russland).